

Werner Bergmann
*Antisemitismus
in öffentlichen
Konflikten*

Kollektives Lernen
in der politischen
Kultur der
Bundesrepublik
1949-1989

Antisemitismus in öffentlichen Konflikten

Schriftenreihe des Zentrums für Antisemitismusforschung
Berlin, Band 4

Werner Bergmann ist Wissenschaftlicher Oberassistent am Zentrum für Antisemitismusforschung der TU Berlin.

Werner Bergmann

Antisemitismus in öffentlichen Konflikten

Kollektives Lernen in der politischen Kultur
der Bundesrepublik 1949–1989

Campus Verlag
Frankfurt/New York

Diese Arbeit ist unter dem Titel »Öffentliche Konflikte und kollektive Lernprozesse. Antisemitismus in der Öffentlichkeit der Bundesrepublik Deutschland 1949-1989« im Wintersemester 1995/96 vom Fachbereich Philosophie und Sozialwissenschaften I der Freien Universität Berlin als Habilitationsschrift angenommen worden.

2. Auflage, unveränderter Nachdruck 2021
ISBN 978-3-59343-106-2 E-Book (PDF)
Druck und Bindung: [Books on Demand](#)

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Bergmann, Werner:

Antisemitismus in öffentlichen Konflikten: kollektives Lernen in der politischen Kultur der Bundesrepublik 1949-1989 / Werner Bergmann. – Frankfurt/Main; New York: Campus Verlag, 1997

(Schriftenreihe des Zentrums für Antisemitismusforschung Berlin; Bd. 4)

Zugl.: Berlin, Freie Univ., Habil.-Schr., 1995/96 u.d.T.: Bergmann, Werner; Öffentliche Konflikte und kollektive Lernprozesse
ISBN 3-593-35765-8

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Copyright © 1997 Campus Verlag GmbH, Frankfurt/Main

Umschlaggestaltung: Atelier Warminski, Büdingen

Druck und Bindung: KM-Druck, Groß-Umstadt

Gedruckt auf säurefreiem und chlorfrei gebleichtem Papier.

Printed in Germany

Inhalt

Vorbemerkung	9
Problemstellung und theoretischer Rahmen	11
1. Öffentliche Konflikte und politische Kultur	14
1.1 Struktur und Bedeutung öffentlicher Konflikte	16
2. Öffentliche Meinung und Massenmedien	22
2.1 Öffentliche Konflikte und Massenmedien	28
3. Medienwirkungen	35
3.1 Agenda-Setting-Forschung	37
3.1.1 Thematisierungs- und Strukturierungsfunktion	37
3.1.2 Themenkarrieren und das Konzept des „Framing“	40
3.2 Kommunikationsbereitschaft	46
3.3 Medienwirkungen im engeren Sinne	49
3.4 Medienwirkungen auf kollektive Akteure	50
3.5 Kollektiver Lernprozeß – individuelle Einstellungsänderung	54
4. Gegenstand und Methode	57
4.1 Antisemitismus als spezifischer „Issue“	58
4.2 Zur Methode	61
4.2.1 Analyse der öffentlichen Konflikte	61
4.2.2 Institutionelle Lernprozesse	64
4.2.3 Bevölkerungsmeinung	64
I. Die Umpolung der öffentlichen Meinung versus Einstellungskonstanz 1949-1952	65
1. Medienöffentlichkeit und Antisemitismus	71
2. Der Fall Harlan	86

2.1	Die Skandalisierungsphase	87
2.2	Die Gerichtsarena	89
2.3	Wiederaufnahme des Konflikts: die Revisionsverhandlung	95
2.4	Boykottaufruf gegen Harlan-Filme	105
2.5	Protest- und Boykottaktionen	108
3.	Der Fall Hedler: ein Politik- und Justizskandal	117
3.1	Die Skandalisierungsphase	119
3.2	Die juristische Bearbeitung – ein erneuter Skandal	122
3.3	Kontroversen über politische Justiz	125
3.4	Der juristische Abschluß des Falles	132
4.	Institutionelle Reaktionen	133
4.1	Wirkungen im politischen System	135
4.2	Die Justiz in der Kritik	139
4.3	Reaktionen im Bildungswesen	141
5.	Der Fall Auerbach – ein Definitionskonflikt	145
5.1	Die Problematisierungsphase – eine öffentliche Kampagne	147
5.2	Die Eröffnung des rechtlichen Konflikts	151
5.3	Konfliktausweitung: Verhaftung und Ermittlungen	154
5.4	Die parlamentarische Untersuchung	158
5.5	Die Gerichtsarena	160
5.6	Die Medienresonanz auf das Urteil und den Tod Auerbachs	167
5.7	Institutionelle Reaktionen	173
6.	Die Entwicklung der Bevölkerungsmeinung 1949-1952	174
II.	Die Wiederkehr des Themas Antisemitismus	
	1958-1961	187
1.	Die „Windstille“ der Jahre 1953-1957	187
2.	Die Skandalisierung des Antisemitismus: 1958-1959	190
2.1	Der Fall Zind	192
2.2	Der Fall des KZ-Arztes Eisele	200
2.3	Die Flucht Zinds: Skandal zweiter Teil?	204
2.4	Ein weiterer Justizskandal: der Fall Nieland	208
3.	Institutionelle Reaktionen	221
3.1	Das politische System	221
3.2	Die Justiz	225
3.3	Das Bildungssystem	228

3.4	Mobilisierung der Öffentlichkeit	232
4.	Die antisemitische Schmierwelle 1959-1960	235
4.1	Die öffentliche und politische Bearbeitung	237
	Exkurs: Der Eichmann-Prozeß	250
4.2.	Institutionelle Reaktionen	254
4.2.1	Das politische System	254
4.2.2	Die Justiz	259
4.2.3	Bildungsreformen	261
4.2.4.	Literarische Verarbeitungen	266
4.2.5	Mobilisierung von Organisationen und Gruppen	267
5.	Wirkungen auf die Bevölkerungsmeinung	269
III.	NS-Prozesse und Verjährungsdebatten 1963-1969	279
1.	NS-Prozesse	280
2.	Der Fall Hofstätter – ein publizistischer Konflikt	283
3.	Die Verjährungsdebatten 1965 und 1969	290
4.	Kardinal Frings – eine „gebremste“ Skandalisierung	292
5	Israel als „Issue“	302
5.1	Der Sechs-Tage-Krieg: Ein neues Israel- und Judenbild	302
5.2	Störaktionen gegen den israelischen Botschafter	304
IV.	Themenkonkurrenz: Verdrängung des Antisemitismus von der öffentlichen Agenda 1970-1978	313
1.	Die Fassbinder-Kontroverse 1976: Ein publizistischer Konflikt ...	315
1.1	Institutionelle Reaktionen	327
2.	Skandal um Leutnants	328
2.1	Lerneffekte in der Bundeswehr	344
3.	Die Bevölkerungsmeinung	347
V.	Die TV-Serie „Holocaust“ als Medienereignis	351
1.	„Holocaust“ als Medienereignis	352
2.	Institutionelle Reaktionen	361
2.1	Die Selbstkritik der Massenmedien	362
2.2	Auswirkungen auf Schule und politische Bildung	365
2.3	Politische Reaktion: Die Verjährungsdebatte 1979	369

2.4	Die Reaktion der Kirchen	370
3.	Die Publikumswirkung	372
VI.	Konflikte um den „richtigen“ Umgang mit dem Antisemitismus und der NS-Vergangenheit	383
1.	„Nach vorne lernen“: Der Streit um Bundeskanzler Kohls Israelreise	385
2.	Die Bitburg-Affäre	391
2.1	Der Ost-West-Konflikt	396
2.2	Deutsch-amerikanische Freundschaft vs. Antiamerikanismus	399
2.3	Demokratische Gegenwart vs. Nazi-Vergangenheit	405
2.4	Bevölkerungsmeinung vs. (jüdische) Medienmacht	411
2.5	Der Bitburg-Besuch	415
2.6	„Bitburg“ und die Vergangenheitsbewältigung	417
2.7	Die politischen Folgen	419
2.8	Die Bevölkerungsmeinung	422
3.	Der Fassbinder-Streit 1985 – Konflikt um Geschichte	424
4.	Politiker-Affären 1986	440
5.	Der Fall Jenninger – der Skandal im Skandal	454
5.1.	Öffentliche Lernprozesse	469
6.	Die Einstellung der Bevölkerung zu Juden und zum Nationalsozialismus in den 80er Jahren	474
6.1	Die Verbreitung antisemitischer Einstellungen	475
6.2	Wissen und Kenntnisse über den Holocaust	478
6.3	Haltung zum Nationalsozialismus	481
6.4	Tradierungswege und -formen	485
6.5	Thematisierung und Sanktionierung von Antisemitismus	489
	Öffentliche Konflikte und kollektive Lernprozesse	495
1.	Soziologie der Öffentlichkeit	495
2.	Ein kollektiver Lernprozeß	502
	Literaturverzeichnis	513

Vorbemerkung

Die vorliegende Untersuchung wurde im Wintersemester 1995/96 vom Fachbereich Philosophie und Sozialwissenschaften I der Freien Universität Berlin unter dem Titel „Öffentliche Konflikte und kollektive Lernprozesse. Antisemitismus als Thema in der Öffentlichkeit der Bundesrepublik Deutschland 1949-1989“ als Habilitationsschrift für das Fach Soziologie angenommen. Für den Druck wurde sie geringfügig überarbeitet.

Als ich die Arbeit in den späten 80er Jahren begann, war noch nicht absehbar, daß sie durch die Vereinigung der beiden deutschen Staaten im Jahre 1990 zu einer Analyse des öffentlichen Umgangs mit Antisemitismus für den gesamten Zeitraum der „alten“ Bundesrepublik werden sollte. Um diese Geschlossenheit zu wahren, bin ich nicht über die Zäsur der Jahre 1989/90 hinausgegangen, obwohl es in der ersten Hälfte der 90er Jahre wahrlich nicht an öffentlichen Konflikten über Antisemitismus gefehlt hat. Diese Beschränkung wird m. E. auch dadurch gerechtfertigt, daß das Bearbeitungsmuster sich gegenüber der Zeit vor 1990 nicht tiefgreifend verändert hat und daß die Grundthese eines kollektiven Lernprozesses nicht durch neuere Entwicklungen widerlegt worden ist.

Als soziologische Analyse von Öffentlichkeit und Antisemitismus steht sie in einem doppelten disziplinären Kontext, dem der Antisemitismusforschung und dem der Soziologie. So geht mein Dank für zahlreiche Anregungen und Aufmunterungen einmal an die Kollegen und Freunde vom Zentrum für Antisemitismusforschung an der Technischen Universität Berlin, namentlich an Rainer Erb und Christhard Hoffmann. Dem früheren Leiter des Zentrums, Professor Dr. Herbert A. Strauss, und dem derzeitigen Leiter, Professor Dr. Wolfgang Benz, möchte ich dafür danken, daß sie mir genügend Freiraum zur Arbeit an der Habilitationsschrift gelassen und die Arbeit mit Sympathie begleitet haben. Mein Dank gilt zum anderen auf Seiten der Soziologen Professor Dr. Friedhelm Neidhardt, der das Entstehen der

Arbeit durch konstruktive Kritik und durch sein geduldiges Interesse sehr gefördert hat, seinem damaligen Mitarbeiter am WZB, Dr. Jürgen Gerhards, für kritische Anmerkungen und dem leider jüngst verstorbenen Professor Dr. Thomas A. Herz für die fruchtbaren Diskussionen über unsere thematisch verwandten Projekte. Für einen frühen kritischen „Warnschuß“ habe ich meinem Freund Gisbert Hoffmann zu danken, der damit nicht unbeträchtlich zur konzeptuellen Weiterentwicklung dieser Arbeit beigetragen hat. Schließlich danke ich Leo Morsch, der mir in Computerdingen stets mit Rat und Tat zur Seite gestanden hat. Daß ich von den vielen Nebenwegen, sprich anderen Forschungsarbeiten, immer wieder auf den Hauptweg der Habilitation zurückgefunden habe, ist den beharrlichen Mahnungen meiner Frau zu verdanken, der ich für ihre Geduld und Hilfe herzlich Dank sage.

Für ihre freundliche Unterstützung bei der Suche und Bereitstellung der umfangreichen Zeitschriftenbestände möchte ich mich bei den Damen und Herren des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung und des Archivs des Otto-Suhr-Instituts der Freien Universität Berlin bedanken. Last not least ist noch einmal Professor Benz und der Technischen Universität Berlin für die Aufnahme dieser Arbeit in die Schriftenreihe des Zentrums für Antisemitismusforschung mit der entsprechenden finanziellen Unterstützung Dank zu sagen.

Berlin, im August 1996

Werner Bergmann

Problemstellung und theoretischer Rahmen

Die Frage „What moves public opinion“ ist eine zentrale demokratietheoretische Frage, doch fehlt es bis heute an systematischer Forschung dazu.¹ Dies liegt zum einen an der empirisch nachgewiesenen Vernachlässigung der Massenkommunikation seitens der Politologie und der politischen Soziologie, zum anderen an der mangelnden Berücksichtigung politikwissenschaftlicher Fragestellungen seitens der Medienwirkungsforschung (Kaase 1986; Gerhards 1991, S.1f.), in der bis heute die Auffassung dominiert, die Inhalte der Medien hätten nur einen minimalen Effekt auf die Meinung der Rezipienten, obwohl inzwischen die Agenda-Setting-Effekte der Medien in der Definition zentraler gesellschaftlicher Probleme nachgewiesen sind.² Page et al. (1987), die die „minimal effects idea“ für falsch halten, führen die Geltung dieser Anschauung vor allem darauf zurück, daß die Wirkungsstudien in experimenteller Form nur kurzfristige Wirkungen untersucht hätten, so daß sie langsame und kumulative Einstellungsänderungen nicht hätten erfassen können. Die Autoren plädieren dafür, die Bevölkerungsmeinung über längere Zeiträume im natürlichen politischen Zusammenhang zu untersuchen. Dies soll in der vorliegenden Arbeit geschehen, die für einen Zeitraum von vierzig Jahren den demoskopisch ermittelten Einstellungswandel gegenüber den Juden auf den Umfang und die Art der öffentlichen Thematisierung des Antisemitismus zurückzuführen versucht. Hat sich die Medienwirkungsforschung bisher auf den Nachweis von Veränderungen im

-
- 1 So der Titel eines Aufsatzes von Page, Shapiro und Dempsy 1987, der im Rahmen eines größeren Forschungsprojektes über „Public Opinion and Democracy“ entstanden ist, wobei die Autoren unter „public opinion“ anders als ich die Bevölkerungsmeinung verstehen.
 - 2 Die Skepsis der Medienwirkungsforschung, größere Effekte der Medien auf die Einstellungen der Rezipienten anzunehmen, macht m. E. in den letzten Jahren einer optimistischeren Sicht Platz. Siehe Page et al. 1987, S. 25; Kleinnijenhuis 1987; Gerhards 1991.

Wissen oder in der Einstellung beim einzelnen Rezipienten konzentriert, so soll hier die Mobilisierung der öffentlichen Meinung in ihrer Wirkung auf verschiedene Adressaten hin untersucht werden. Neben der direkten Wirkung auf Personen sind Wirkungen in den für die politische Meinungsbildung zentralen Teilsystemen wie Erziehung, Recht, Politik und Kirche zu erwarten, die ihrerseits vielfältig auf die Bevölkerungsmeinung einwirken. Der historische Fall des Antisemitismus nach 1945 ist als ein Quasi-Feldexperiment aus Gründen, die in der deutschen Geschichte und der radikalen Umbruchsituation nach 1945 liegen, besonders geeignet (s.u. 4.1).

Die kritische Absetzung vom Nationalsozialismus und damit vom Antisemitismus als seiner Kernideologie war für die Konstitution der Bundesrepublik von zentraler Bedeutung. Während unter der Aufsicht der Alliierten bald nach 1945 demokratische Institutionen in Abkehr vom totalitären Regime geschaffen wurden, blieben – wie die Forschungen zur politischen Kultur gezeigt haben – die Einstellungen der Deutschen noch lange von der autoritären Tradition geprägt. So belegen die empirischen Studien der frühen Nachkriegsjahre für die persönlichen Einstellungen ein fast ungebrochenes Fortleben des Antisemitismus. Wir haben hier den seltenen Fall vor uns, wo die Ideologie eines politischen Systems quasi „über Nacht“ diskreditiert und deren Trägerschicht politisch ausgeschaltet wurde, während individuelle Einstellungssysteme nicht so schnell umzustellen waren. Dies führte zu einer Spaltung und Spannung zwischen öffentlichem Anti-Antisemitismus und privatem Antisemitismus. Diese Spaltung hat sich im Laufe der westdeutschen Geschichte verringert. Ich gehe nun von der These aus, daß die öffentlichen Konflikte um Antisemitismus bzw. das Verhältnis von Deutschen und Juden, die die Geschichte der Bundesrepublik von 1949 an begleiten, sowohl Ausdruck der genannten Spaltung sind als auch große Bedeutung für die Durchsetzung der Norm des Anti-Antisemitismus in der Öffentlichkeit, in den zentralen gesellschaftlichen Institutionen und auf der Ebene persönlicher Einstellungen besitzen. Ich schließe damit an die skandaltheoretische Annahme an, daß derartige Konflikte, sofern sie skandalisiert werden, zur Durchsetzung bzw. Stabilisierung von Normen und Werten beitragen.³

3 Thränhardt hebt die Bedeutung der Nazi-Skandale für das „remaking“ der politischen Kultur der Bundesrepublik hervor. Diese Skandale bestätigten die Norm: „Discontinuity between Nazi Germany and the Federal Republic“ (1988, S. 19). Er konstatiert eine wachsende Akzeptanz der Norm mit wachsendem zeitlichen Abstand und generationellem Wechsel. Siehe zur Bedeutung öffentlicher Konflikte die Fallanalysen des

Kollektives Lernen, das neben der normativen auch kognitive und emotionale Komponenten besitzt, ist das Ergebnis kollektiver Argumentationen, in denen kollektiv Geltendes definiert wird. Es wird also ein Lernprozeß auf zwei Ebenen angenommen: auf der Ebene von Teilsystemen bzw. ihren Organisationen, etwa in der Schaffung neuer sozialer Normen, der Wissenserzeugung bzw. -vermittlung durch Forschungsprojekte und Lehrplanreformen usw., und darüber vermittelt auf der individuellen Ebene der Einstellungen. Um diese These eines kollektiven Lernprozesses zu prüfen, müssen die Daten aus drei Bereichen zusammengeführt werden:

1. Es muß der öffentliche Umgang mit dem Antisemitismus analysiert werden. Es werden aus skandaltheoretischen Überlegungen heraus Konflikte als Gegenstand der Analyse gewählt, in denen antisemitische Verstöße thematisiert und eventuell negativ sanktioniert worden sind.
2. Es muß untersucht werden, wieweit diese Konflikte zu Auslösern für Veränderungen in gesellschaftlichen Teilsystemen bzw. ihren Organisationen geworden sind, also zu Programm- und Meinungsänderungen, zu Personalentscheidungen, zum Aufgreifen bestimmter Themen usw. in zentralen Institutionen geführt haben.
3. Es sind die Ergebnisse der empirischen Antisemitismusforschung seit 1946 heranzuziehen, die durch zusätzliche Ergebnisse aus thematisch benachbarten Erhebungen (insbesondere zum Nationalsozialismus) zu ergänzen sind.

Die langsame und kumulative Einstellungsentwicklung über einen Zeitraum von vierzig Jahren in einem „natural setting“ kann natürlich nicht so eindeutig auf die Wirkung der öffentlichen Meinung – vermittelt über Institutionen – zurückgeführt werden, wie dies in experimentellen Studien für kurzfristige, meßbare Medienwirkungen möglich ist. D. h., für die Wirkungen der öffentlichen Konflikte auf die Bevölkerungsmeinung läßt sich nur eine möglichst große Plausibilität erreichen, ein Kausalzusammenhang ist schon aufgrund der gleichzeitig wirkenden mannigfaltigen anderen Faktoren nicht herzustellen. Außerdem ist Luhmann zuzustimmen, der die Bindungseffekte öffentlicher Kommunikation im individuellen Bewußtsein kontingent setzt: „Was das Bewußtsein mit seinen Kommunikationserfahrungen

DFG-Projekts „Konflikte über den Nationalsozialismus seit 1945“ an der Universität Siegen (Projektleiter: Thomas A. Herz). Generell zur Frage von Diskontinuität in der politischen Kultur nach einem gesellschaftlichen Trauma siehe Eckstein 1988, S. 796f.

anfängt, bleibt seine Sache“ (1990, S. 175). Neben Bindungseffekten sind in der Bevölkerung also auch Irritationen und Ablehnungen der herrschenden Meinung zu erwarten.⁴

Für die Analyse eines langfristigen, wesentlich durch öffentliche, massenmedial vermittelte Konflikte vorangetriebenen kollektiven Lernprozesses müssen eine Reihe von soziologischen Forschungsfeldern miteinander verknüpft werden: eine Theorie öffentlicher Konflikte im Rahmen des Konzepts der Politischen Kultur, systemtheoretische Überlegungen zur Funktion und Struktur der Öffentlichkeit und des Teilsystems Massenmedien, die Medienwirkungsforschung in einem weiten Sinne verbunden mit Theorien kollektiven und individuellen Lernens.

1. Öffentliche Konflikte und politische Kultur

Die Untersuchung eines kollektiven Lernprozesses, in dem es um das „remaking“ eines grundlegenden Zuges deutscher politischer Kultur geht, stellt diese Arbeit in den Kontext der Forschung zur politischen Kultur, die seit Beginn der 80er Jahre in der Bundesrepublik stark an Bedeutung gewonnen hat, auch wenn der Begriff „Politische Kultur“ nach wie vor umstritten ist und kein klar definiertes Forschungskonzept benennt (Iwand 1985; Berg-Schlosser/Schissler 1987; Rohe 1990). War das Konzept in den von Gabriel A. Almond und Sidney Verba (1963) vorgelegten grundlegenden Arbeiten vor allem auf die Analyse der subjektiven politischen Einstellungen gerichtet und entsprechend als Survey-Forschung angelegt, so wird heute für eine Ergänzung der Methoden hin zu inhaltsanalytischen und hermeneutischen Verfahren plädiert (vgl. Rohe, 1990, S. 324ff.). Doch auch der Gegenstandsbereich selbst wird anders definiert: es geht nicht mehr so sehr um individuelle Einstellungen zur Politik, vor allem nicht um Oberflächenmeinungen, sondern um das „politisch relevante Weltbild“ von Gruppen, um politische Codes oder Programmsprachen, die das Denken, Handeln und Fühlen steuern, ohne daß sie den Akteuren normalerweise bewußt sind. Und es geht um Verhaltensmuster, in denen sich die grundlegenden, kaum re-

4 Zur Reaktion der Antisemiten auf den öffentlichen Meinungsdruck Bergmann/Erb, 1991b, S. 70-93. Zu Trotz- und Reaktanzreaktionen entgegen der erwarteten Beeinflussungsrichtung bei gut Informierten vgl. die Studie von Brosius/Ehmig 1988, S. 65.

flektierten politischen Normen spiegeln.⁵ Politische Kultur in diesem Sinn ist – nach Rohe – fast gleichbedeutend mit politischer Mentalitätsforschung, hat jedoch zusätzlich noch eine „Ausdrucksseite“, d. h. muß sich in politischen Formen auch sinnfällig äußern (1990, S. 337).

Wir wollen im folgenden antisemitische Konflikte und Skandale als politische Ausdrucksformen betrachten, in denen bestimmte politische Wert-, Verhaltens- und Einstellungsmuster aktualisiert und bekräftigt werden. Konflikte spielen eine entscheidende Rolle in der Formung der politischen Kultur, da in ihnen im Diskurs über den Dissens langfristig eine konsensuelle Verankerung der politischen Symbole und Normen im Gemeinschaftssystem erreicht werden kann (Pappi 1986, S. 286). Die gewählte Langzeitperspektive soll gerade den Prozeßcharakter von politischer Kultur betonen, in dem bestimmte Weltbilder immer wieder symbolisch erneuert bzw. modifiziert werden (zur Frage von Kontinuität und Wandel Eckstein 1988).

Dieser Aspekt der Bekräftigung und symbolischen Erneuerung dürfte gerade für die politische Kultur der Bundesrepublik wichtig (gewesen) sein, die sich in Absetzung vom Nationalsozialismus, als dessen Kernideologie der Antisemitismus gelten kann, neu definieren und gegen eine antidemokratische Tradition durchsetzen mußte. Wir haben es hier geradezu mit dem Austausch eines politischen Weltbildes zu tun, der kaum ohne Konflikte und Ungleichzeitigkeiten vorstellbar ist.⁶ In der Politischen Kulturforschung über Deutschland wird deshalb von einem „Remaking the Political Culture“ gesprochen.⁷ Vor allem Herz hat hervorgehoben, daß die Distanzierung vom Nationalsozialismus keineswegs auf einen Schlag und problemlos möglich gewesen, sondern eher durch eine Kette von Konflikten bewerkstelligt worden ist, die bis in die Gegenwart hineinreicht (1989, S. 679).⁸ Der Konflikt-

5 Zu dieser Erweiterung des Konzepts über Einstellungen hinaus siehe Reichel 1981.

6 Die Politische Kulturforschung zur Bundesrepublik hat sich von Anfang an auf diesen Gegensatz konzentriert und untersucht, in welchem Ausmaß sich die politischen Einstellungen dem demokratischen Standard dieser Institutionen bzw. den Einstellungsstandards anderer demokratischer Nationen angenähert haben. Inzwischen scheint dieser „gap“ geschlossen zu sein.

7 Vgl. Dalton (1989, S. 100ff.), der eine Darstellung der „Changing Political Culture“ bis in die Mitte der 80er Jahre gibt.

8 Siehe auch Thränhardt, der zusammenfassend schreibt: „Over the decades the climate has changed. Nazi scandals have played an important role in this process, again and again pointing to the cruel and inhuman regime that had so many enthusiastic followers.“

stoff, die Konfliktparteien und die Konfliktszenen wandeln sich, was möglicherweise einen kollektiven Lernprozeß widerspiegelt. Viele der Konflikte in der Nachkriegszeit betrafen das Verhältnis von Deutschen und Juden, das eine gewisse Zentralität für die politische Kultur der Bundesrepublik besaß, da die Tilgung des Antisemitismus früh als „Prüfstein der Demokratie“ propagiert und zur politischen Norm erhoben worden ist.⁹ In diesen Konflikten geht es niemals nur um den konkreten Fall, eine Beleidigung o. ä., sondern immer wird dabei über den Zustand der politischen Kultur, insbesondere über den Abstand zum Nationalsozialismus gestritten.¹⁰

Anhand der Umfrageforschung wissen wir über die Entwicklung antisemitischer Einstellungen in der bundesdeutschen Bevölkerung über die letzten 50 Jahre relativ gut Bescheid. Es fehlen jedoch bisher Analysen über die Durchsetzung dieser neuen Norm und über die entsprechenden symbolischen Ausdrucksformen. Wir gehen davon aus, daß die öffentliche Auseinandersetzung über antisemitische Vorkommnisse und über die Judenverfolgung der NS-Zeit und ihre Rezeption im politischen System, der Justiz, der Schule, der Kirche usw. dafür von besonderer Bedeutung waren.

1.1 Struktur und Bedeutung öffentlicher Konflikte

Die Einstellung zu Juden kann sich über persönliche Interaktionserfahrungen, über eine Tradierung in Familie, Schule oder anderen Institutionen und über das öffentliche Meinungsklima herausbilden, wobei zwischen diesen

For many in Germany, this was a worrying experience of never being able to consider the past finished“ (1988, S. 11).

- 9 Der US-Hochkommissar John McCloy sagte vor Vertretern jüdischer Gemeinden im Sommer 1949: „Das Verhalten der Deutschen zu den wenigen Juden in ihrer Mitte ist ein Prüfstein ihrer Gesittung und eines echten demokratischen Aufbauwillens.“ In: *Die Neue Zeitung*, 1.8.1949.
- 10 Althoff et al. 1994 haben ebenfalls beobachtet, daß in der Austragung von NS-Konflikten eine generelle Tendenz besteht, Kritik als Kollektivvorwurf wahrzunehmen, so daß einzelne Konflikte nationale Ausmaße annehmen und Modellcharakter für den Umgang mit der Vergangenheit insgesamt gewinnen. Insofern stellt diese Arbeit auch einen Beitrag zur laufenden Debatte über die „Vergangenheitsbewältigung“ dar, indem sie versucht, die Frage empirisch anzugehen und damit die unhaltbaren Extrempositionen Giordanos (*Die zweite Schuld*, 1987), und Kittels (*Die Legende von der „zweiten Schuld“*, 1993) zu meiden bzw. diese soziologisch-historisch zu relativieren.

Instanzen Wechselwirkungen bestehen. Ich gehe im folgenden davon aus, daß in der Bundesrepublik die Abkehr vom Antisemitismus vor allem ein Ergebnis öffentlicher kollektiver Argumentationen oder Diskurse gewesen ist, wie sie sich in komprimierter Form in öffentlichen Konflikten über die Legitimation/Delegitimation des Dritten Reiches finden (zu den NS-Konflikten als Interpretationskonflikten siehe auch Schwab-Trapp 1996). D. h., ich wähle aus den zahllosen Kommunikationen über Juden oder Antisemitismus nur *Konfliktkommunikationen* aus, sofern sie zum Gegenstand massenmedialer Berichterstattung geworden sind und damit gesellschaftsweite Beachtung fanden. Diese Konzentration auf Konflikte ist darin begründet, daß diese als spezifische Sozialsysteme einander widersprechende Beiträge zu einem Thema bündeln und radikalisieren und gerade damit Aufmerksamkeit auf sich ziehen, zur Stellungnahme zwingen und bei dem „Sieg“ einer Konfliktpartei einen Beitrag zur Durchsetzung bestimmter Anschauungen und Normen leisten.¹¹

Nur kommunizierter Antisemitismus bietet in privater wie öffentlicher Kommunikation die Chance, es darüber zum Konflikt kommen zu lassen. Ein *kommunikativer Konflikt* liegt vor, wenn „Erwartungen kommuniziert werden und das Nichtakzeptieren der Kommunikation rückkommuniziert wird“ (Luhmann 1984, S. 530). Es müssen also mindestens zwei – einander widersprechende – Kommunikationen vorliegen, die in Form des Widerspruchs zur Einheit gebracht werden. Wichtig ist nun, daß nach Luhmann der Konflikt „für eine Weile die Autopoiesis, die Weiterführung der Kommunikation“ übernimmt, d. h. letztlich ein *soziales System besonderer Art konstituiert*. Diese Konfliktsysteme bilden sich temporär in anderen Systemen und existieren parasitär. Antisemitische Konflikte spielen sich nicht per se im politischen System ab, sondern können im Bildungs-, Kunst- oder Öffentlichkeitssystem etc. auftreten, ohne daß die Politik dazu Stellung nehmen muß. In der folgenden Analyse werden antisemitische „Fälle“ als derartige temporäre Einheiten behandelt, die das Thema eine Weile öffentlich

11 Mathes (1989, S. 442f.) geht davon aus, daß insbesondere moralisch geladene Konflikte unter den Bedingungen von hoher Medienkonsonanz und -kumulation starke Wirkungen erzielen, und zwar nicht nur auf das Themenbewußtsein, sondern auch auf die Bewertung von unterschiedlichen Konfliktlösungen. Er hebt diese Bewertungsfunktion der Medien über die Publikation von Kommentaren und wertenden Stellungnahmen besonders hervor. Diese Bedingungen sind für die meisten der hier analysierten Konflikte gegeben.

traktieren, um dann wieder zu verschwinden, nicht ohne allerdings – wie wir vermuten – langfristig und kumulativ Wirkungen auf die Einstellungen von Personen und Programme von Teilsystemorganisationen auszuüben.

Da es sich bei einem Konflikt um ein hochintegriertes Sozialsystem handelt, in dem alles Handeln unter den Gesichtspunkt der Gegnerschaft gebracht wird, besteht die Tendenz seiner Ausweitung, indem immer mehr Ressourcen für den Konflikt beansprucht werden. Bei seinem parasitären Status bedeutet dies, daß der Konflikt sein Gastsystem zeitweilig in einem hohen Maße absorbiert, indem er andere Themen und Entscheidungen von der Agenda verdrängt. Diese Tendenz zur Ausweitung und Auffächerung in Unter- und Nebenkongflikte werden wir auch bei den antisemitischen Konflikten finden. Hier sogar besonders häufig, da der antisemitische Konflikt, sofern er an die Öffentlichkeit kommt, die Tendenz zur sofortigen Selbstauflösung besitzt, denn nur wenige halten öffentlich eine antijüdische Position durch. Die Tatsache, daß Antisemiten wenig Chancen haben, ihre Position als gleichwertig zu behaupten, weist auf den asymmetrischen und damit nach Lewis Coser „unechten“ und weniger stabilen Charakter dieser Konflikte hin (1972, S. 55). Die reziproke Eigendynamik eines Konflikts wird bei dieser Form früh unterbrochen. Antisemitische Konflikte basieren – von Ausnahmen abgesehen – nicht auf der gemeinsamen Akzeptanz grundlegender Normen und sind deshalb „nicht-gemeinschaftliche Konflikte“, die trennend und desintegrierend wirkten, wenn den Antisemiten Raum gegeben würde. Bei diesem Konflikttyp sind keine Lösungen über Kompromisse möglich, sondern die Normdifferenzen können nur gemeinsam bearbeitet werden, wobei Bearbeitung heißt, die Sichtweise des Gegners offenzulegen und ihm die eigene Interpretation verständlich zu machen. Ein derartiger Konflikt kann nur fortgesetzt werden, wenn weitere Ereignisse und Zusammenhänge einbezogen werden können: sich etwa eine Justizdebatte über mangelnde Strafverfolgung, eine parteipolitische Instrumentalisierung etc. anschließen lassen. Es ist also zu erwarten, daß antisemitische Konflikte häufig ein Auslöser für andere, größere Konflikte sind (Trigger-Effekt). Hinzu kommt, daß ein erfolgreicher öffentlicher Widerspruch offenbar die Wahrscheinlichkeit weiterer Einsprüche erhöht. Typischerweise kommt es in spezifischen Problem- oder Themenfeldern zu periodischen Konflikthäufungen, so daß der Eindruck einer Eskalation entsteht. Dies gilt auch für die Konflikte über Antisemitismus, so daß sich Phasen hoher Konfliktdichte mit Latenzphasen abwechseln, in denen Beiträge zum Thema in der Öffentlich-

keit selten sind. Hier ist auf die medientheoretischen Überlegungen zu Agenda-Setting-Wirkungen und der Themenkonkurrenz zu verweisen (s. u. 3.1).

Konflikte sind im sozialen Leben sehr häufig, können beinahe beliebig anfangen und erledigen sich gewöhnlich sehr schnell,¹² so daß man nach den Bedingungen fragen muß, warum ein Konflikt nicht sogleich wieder verschwindet, sondern weitreichende Folgen, eine längere Dauer und eine gesellschaftliche Breitenwirkung hat. Neben der Moralisierung von Themen dürfte eine Rolle spielen, ob ein Konfliktthema andere Konflikte stimulieren kann, so daß Anschlüsse und Koalitionen möglich werden. Die Bedeutung von Antisemitismus als Konfliktgenerator dürfte darin liegen, daß er in der Bundesrepublik einen Reizpunkt in dem Komplex der „Bewältigung des Dritten Reiches“ darstellt, der eine Differenzbildung nach dem Rechts-Links-Muster erlaubt, was in bezug auf den Antisemitismus selten gegeben ist. Insofern ist häufig mit einer Transformation und Weiterentwicklung des Konfliktsystems zu rechnen, das andere politische Streitpunkte in sich hineinzieht.

Antisemitismus und Vergangenheitsbewältigung haben als konfliktbesetzte Themen ein hohes Identifikationspotential. Luhmann hebt die außerordentliche Bindungswirkung von Konflikten hervor, und zwar nicht nur in Form der Solidarisierung innerhalb einer Konfliktpartei, sondern auch in Form der Bindung an den Gegner, der sowohl für Handlungsmotive sorgt als auch dafür, daß sich verstreute Ereignisse unter einem Gesichtspunkt bündeln lassen.¹³ D. h., es ist zu erwarten, daß Konflikte leicht „entflammbar“ sind bzw. auch instrumentalisiert werden können, um immer wieder eine Identifikation, eine Handlungsverpflichtung mit starker Beteiligung innerer Motive zu erzeugen (motivational framing), weshalb gerade Konflikte einen großen Lerneffekt haben. In dieser Hinsicht bildet der Antisemitismus ein Element der politischen Streitkultur, ein Thema, das mit immer neuen Beiträgen auf die öffentliche Agenda gebracht werden kann.

12 Luhmann spricht von einer „natürlichen Tendenz zur Entropie, zur Erschlaffung, zur Auflösung“ von Konflikten angesichts anderer Interessen und Anforderungen (1984, S. 534).

13 Die Antisemiten sind für Antifaschisten eine negative Bezugsgruppe, deren Aktivitäten aufmerksam registriert werden, um damit über einen mächtigen „faschistischen Gegner“ das eigene Wertesystem immer neu zu bestätigen (zu diesem Mechanismus Coser 1972, S. 105).

Dies ist um so leichter möglich, als antisemitische Konflikte, auch wenn sie zunächst als reine Interaktionskonflikte beginnen, durch den Holocaust sozusagen „automatisch“ mit einer überschießenden gesellschaftlichen Relevanz ausgestattet sind, so daß es wahrscheinlich ist, daß sich der Konflikt verbreitet und fortsetzt. Neben dieser quasi eingebauten politischen Bedeutung, die einem Unterstützung für seine Position sichert, sind vor allem Moral und Recht auch in diesem Fall konfliktfördernd, da sie in Aussicht stellen, daß man Unterstützung bekommen wird, während der Gegner mit Sanktionen rechnen muß. Umgekehrt erlauben Moralisierung und Recht auch die Provokation und damit die beliebige Erzeugung von Aufmerksamkeit und Konflikt.¹⁴

Neben diesen gesellschaftlichen Mechanismen gibt es häufig spezielle Gruppen oder Organisationen, die Einzelkonflikte als gesellschaftlich bedeutsam auswählen. In dieser Hinsicht wird zu untersuchen sein, wer jeweils den Widerspruch anmeldet, ob organisierte Gruppen bestehen, ob sich der Kreis der Widersprechenden vergrößert und in seiner Zusammensetzung geändert hat, ob sich Sensibilitäten über die Jahre hin erhöht haben.¹⁵ Die Häufigkeit antisemitischer Konflikte ist also nicht einfach das Resultat eines mehr oder weniger verbreiteten Antisemitismus in der Bevölkerung, das Neuanfangen solcher Konflikte hängt vielmehr von Vorbildwirkungen und den Reproduktionschancen ab: Man wird nur Widerspruch anmelden, wenn man glaubt, ihn auch durchhalten zu können. Die Bedingungen für das Durchhalten von Widerspruch sind im Fall des Antisemitismus sehr gut, und

14 Gerade die Tatsache, daß durch die Gesetze zur „Volksverhetzung“ und zur „Auschwitz-Lüge“ etwa Beleidigungen von Juden und die Leugnung des Holocaust zu Offizialdelikten geworden sind, d. h. von Staats wegen verfolgt werden müssen, zeigt, wie sehr dem Antisemitismus strukturelle Bedeutung beigemessen wird, die über normale Interaktionskonflikte – wie es Beleidigungen oder Auseinandersetzungen über Politik gewöhnlich sind – hinausgeht. Erzeugung von Konflikten und ihre Ausweitung in die Öffentlichkeit hinein sind damit fast zwangsläufig gegeben. Mit Luhmann kann man hier rechtlichen Widerspruch als einen Lernmechanismus betrachten (1995, S. 159).

15 Gerhards 1992 hat Strategien von Öffentlichkeitsakteuren in Diskursen untersucht. Um die öffentliche Meinung zu mobilisieren, muß das Thema/Problem konkretisiert, generalisiert und dramatisiert werden, und der Konfliktgegner muß als Verursacher des Problems benannt werden (Personalisierung), ihm müssen partikuläre Interessen zugeschrieben werden, sein Handeln muß moralisiert und als von ihm zu verantworten hingestellt werden (Intentionalisierung). Der öffentliche Akteur wiederum muß sich selbst als glaubwürdiger Vertreter universaler und werthafter Anliegen darstellen, um seine Interpretation im Diskurs durchzusetzen.

auch ein Konflikthanfang ist sehr leicht provozierbar, denn wer eine antisemitische Äußerung problematisiert, muß nicht mehr eigens darstellen, wieso Antisemitismus ein Problem ist, sondern nur noch, daß der Einzelfall unter diese Rubrik fällt, wie umgekehrt der des Antisemitismus Beschuldigte diesen gewöhnlich nicht rechtfertigt, sondern versucht, seine Äußerung als nicht-antisemitisch zu begründen.

Da unsere Analyse sowohl einzelne Konflikte wie auch die Konfliktgeschichte des Themas Antisemitismus über vierzig Jahre umfaßt, ist der prozessuale Aspekt der Kommunikation näher zu bestimmen. Der Kommunikationsprozeß, also die „temporale Verknüpfung einer Mehrheit selektiver Ereignisse durch wechselseitige Konditionierung“ (Luhmann 1984, S. 213), ist ein selbstreferentielles System, es kann auf sich selbst reagieren, sich wiederholen, ergänzen, Widerspruch produzieren, sich selbst als Kommunikationsprozeß behandeln. Diese zeitliche Ordnung des Prozesses wird über die *Differenz von Themen und Beiträgen* erreicht, mit deren Hilfe Kontinuität und Diskontinuität im Zeitverlauf hergestellt werden kann. Über Themen läßt sich ein langfristiger Sinnzusammenhang herstellen (zeitliche Generalisierung). Zu einem Thema sind eine Fülle von Beiträgen möglich, wobei mit dem Thema festgelegt ist, was als Beitrag dazu gelten kann und was nicht, wer beitragen darf und wer nicht. Für unsere Untersuchung ist dabei interessant, wieweit Themen selbst sich in ihrem sachlichen Gehalt historisch verändern, also Prozesse des „Re-Framing“ stattfinden. Indem sie auch einen zeitlichen Ordnungsrahmen bieten, kann der Wandel der Beiträge, können Rückgriffe und Neuerungen, aber auch Alterungsprozesse beobachtet werden. Diese langfristige Perspektive erlaubt die Frage nach den Lerneffekten im Laufe der Lebensgeschichte eines Themas,¹⁶ nach Änderungen der Relevanz und nach der Generalisierung und Verknüpfung mit anderen Themen.

Themen besitzen neben der sachlichen und zeitlichen auch eine soziale Dimension, indem sie nämlich den Beiträger sozial binden können. Er wird als der angesehen, als der er sich in seinen Beiträgen gezeigt hat. Insbesondere bei Themen mit moralischen Obertönen, zu denen auch der Antisemitismus zählt, ist mit dieser Bindung zu rechnen. Ein „Ausrutscher“ genügt, um jemanden als Antisemiten zu stigmatisieren, und ein wesentlicher Punkt in den Konflikten ist, daß sich die so Etikettierten gegen diese Zuschreibung

16 Bei unserem Thema ist neben dem kognitiven auch der normative Lerneffekt zu untersuchen. Zum „normative bounding effect“ der Medien, die soziale und verhaltensmäßige Grenzen definieren, vgl. Edelstein 1988, S. 507.

wehren, um öffentliche Achtung zurückzugewinnen. Dies geschieht vor allem dadurch, daß von den Angegriffenen bestritten wird, daß es sich bei ihren Äußerungen um antisemitische gehandelt habe. Damit wird in diesen Konflikten immer neu eine Grenze des Antisemitismus definiert: ein Lerneffekt wird über die letzten vierzig Jahre auch darin bestehen, daß diese Definition sich gewandelt hat, die Grenzen sehr viel weiter gezogen werden, so daß sehr viel mehr Beiträge als antisemitisch klassifiziert werden und Widerspruch auslösen können als vorher.¹⁷

In öffentlichen antisemitischen Konflikten wird das Publikum des Themas in zugespitzter, d. h. Aufmerksamkeit erregender Form gewahrt. Die dabei gewöhnlich erfolgende Delegitimierung antijüdischer Beiträge und die Stigmatisierung von Personen als Antisemiten setzten antijüdische Meinungen unter Änderungsdruck sowohl auf der institutionellen wie auf der personalen Ebene. Da man antisemitische Konflikte als eine Kette von Beiträgen zum generellen Thema Antisemitismus ansehen kann, ist im Anschluß an den oben entwickelten Begriff des Kommunikationsprozesses zu erwarten, daß die Konfliktparteien in jedem späteren Konflikt aus den früheren gelernt haben, sich also selektiv auf sie beziehen. Damit ist auch auf der Ebene der Öffentlichkeit selbst zu untersuchen, ob sich hier Lernwirkungen im Laufe der Konfliktgeschichte zeigen, zum Beispiel im „framing“ des Antisemitismus, in der Bereitschaft, öffentlich Widerspruch anzumelden, usw.

2. Öffentliche Meinung und Massenmedien

Neben einem Begriff des kommunikativen Konflikts sind für unsere Analyse in einem zweiten Schritt der Begriff der Öffentlichkeit und die spezifische Funktion der Massenmedien näher zu bestimmen. Bis heute ist eine „Soziologie der Öffentlichkeit“ ausgeblieben, die einen begrifflichen Konsens her-

17 In dem Verkennen dieser Grenzverschiebung hin zu einer größeren Sensibilität besteht ein wesentliches Problem in der Diskussion, ob in bezug auf den Antisemitismus aus der Geschichte gelernt worden ist. Ereignisse der Gegenwart dienen als Beleg für die ungebrochene Fortexistenz von Antisemitismus, weil man deren Stellenwert verglichen mit früheren Ereignissen weit überschätzt. Heute sind Ereignisse konfliktauslösend, die es vor vierzig Jahren noch nicht waren.

beigeführt hätte (Gerhards/Neidhardt 1991).¹⁸ Mit Susan Herbst kann man die in der Wissenschaft debattierten Definitionen von öffentlicher Meinung vier Kategorien zuordnen: „aggregation, majoritarian, discursive/consensual, and reification“ (1993, S. 439). Es dominieren Konzepte, die die öffentliche Meinung als Summe oder die Mehrheit individueller Meinungen verstehen, die mittels Meinungsumfragen, Wahlen oder Referenden erfaßt werden können.¹⁹ Andere Forscher, wie Bourdieu, kritisieren die so bestimmte öffentliche Meinung als Reifikation, als fiktionale Entität, die den Eliten als rhetorisches Mittel diene, um ihre politischen Ziele zu erreichen. Sie verfehlen damit jedoch den durchaus eigenständigen und herrschaftskritischen Charakter der Öffentlichkeit, wie er sich in Skandalisierungen oder in ihrer Unterdrückung in totalitären Systemen zeigt.

Die Aggregatkonzepte und das Fiktionskonzept verfehlen die spezifische Struktur und Funktion von Öffentlichkeit in modernen funktional differenzierten Gesellschaften. Die im Übergang zur funktionalen Differenzierung freigesetzten Kontingenzen und Notwendigkeiten der Orientierung an Handlungen, Ereignissen und Zuständen in anderen Teilsystemen der Gesellschaft haben zur Ausdifferenzierung eines Öffentlichkeitssystems geführt, insbesondere eines Systems publizistischer Medien als Träger der öffentlichen Meinung, das allgemein akzeptierte Themen bereitstellt. Ich beschränke mich im folgenden auf die für die öffentliche Meinung heute zentralen Massenmedien, die die Grundlage für meine Analyse der öffentlichen Meinung bilden, und lasse andere Ebenen von Öffentlichkeit, etwa Versammlungen und einfache Interaktionssysteme, beiseite (zu dieser Unterscheidung von Öffentlichkeitsebenen Gerhards/Neidhardt 1991, S. 49ff.). Ich folge Frank Marcinkowski (1993) in seinem Vorschlag, massenmediale Kommunikation (Publizistik) als autopoietisches System zu begreifen,²⁰ dessen Primärfunk-

18 Zur Ideengeschichte des Öffentlichkeitsbegriffs Beninger 1987.

19 Als Herbert Blumer 1948 auf dem Annual Meeting der American Sociological Society kritisierte, daß die Umfrageforschung zur öffentlichen Meinung ihren Gegenstand verfehle, da sie ein statistisches Aggregat von Einzelmeinungen erfasse und gerade nicht die Öffentlichkeit als „function of society in operation“ betrachte, die die sozialen Strukturen und Machtverhältnisse widerspiegele, wurde er von seinen Kollegen nicht verstanden, die auf einem Aggregatkonzept der öffentlichen Meinung beharrten (1948, S. 544).

20 Dieser theoretische Ansatz vermeidet die Einengung der Öffentlichkeit auf ein intermediäres System, das zwischen dem politischen System und den Bürgern sowie den Ansprüchen anderer gesellschaftlicher Teilsysteme vermitteln soll (Gerhards/Neidhardt

tion in der Ermöglichung der Selbst- und Fremdbeobachtung der gesellschaftlichen Teilsysteme besteht, die sich damit gleichsam in Form der Beobachtung zweiter Ordnung von außen betrachten können. Diese Funktion erfüllt das System, indem es „potentiell alle Themen des umfassendsten Sozialsystems Gesellschaft, allerdings immer in einer spezifisch publizistischen Kreation“ kommuniziert (ebd. S. 50). Die Themen stellt das System gewöhnlich nicht selber her, sondern gewinnt sie aus der Beobachtung seiner Umwelt, die nach geeigneten Themen abgetastet wird. Die besondere Systemleistung ist die *Publikation* von Themen: „Erst die Ausstattung von Themen mit Publizität, also die Verwendung der Unterscheidung von öffentlich und nicht öffentlich, stellt eine teilsystemspezifische Besonderheit dar“ (ebd. S. 53). Die Kommunikation von Themen im Medium der Öffentlichkeit stellt die spezifische Leistung dar, d. h., die System/Umwelt-Differenz verläuft entlang der Unterscheidung von öffentlichen/nicht-öffentlichen (bzw. nur systemöffentlichen) Themen. Die Annahme von Selektionsleistungen durch andere Teilsysteme oder Umweltsysteme (wie Bewußtsein) läuft über generalisierte Medien. Das entsprechende Medium der Massenkommunikation sieht Marcinkowski in der *Publizität*, d. h. die Tatsache, daß Themen publik sind und gewußt werden können, stattet diese mit einem hohen Grad an Verbindlichkeit aus, so daß man sich Ignoranz kaum leisten kann.²¹ Kommunikationserfolg, und das ist für unsere Untersuchung wichtig, heißt dabei nicht, daß man sich in jedem Falle zu jeder Information verhalten muß oder gar seine Einstellungen ändert, denn zu jedem Thema sind eine Vielzahl von Meinungen möglich.²² Öffentlichkeit hat aber wohl eine Bindungswirkung, indem sie die Bedingungen der Möglichkeit für Auf-

1991, S. 41f.). Politische Öffentlichkeit ist nur eine Facette der Öffentlichkeit insgesamt.

- 21 Publizität ist wiederum eine Funktion aus Bekanntheit und unterstellter Glaubwürdigkeit. Letztere hängt ihrerseits von der wahrgenommenen Unabhängigkeit des Systems ab. Ist diese, wie in totalitären Gesellschaften, nicht gegeben oder wird sie bestritten, um die eigenen Einstellungen gegen Änderungsdruck abzuschirmen, wie im Fall der Antisemiten, dann sinkt die Annahmefähigkeit veröffentlichter Kommunikation ab.
- 22 Umgekehrt ist vom Bewußtsein, verstanden als ein autopoietisch geschlossenes System, gerade zu erwarten, daß es primär seinen eigenen Regeln und Einstellungen folgt. Die Untersuchung von Scherer kommt zu dem Ergebnis, daß die Einstellung die Wahrnehmung der öffentlichen Meinung wesentlich stärker beeinflusst als umgekehrt. Die Massenmedien sind nur ein weniger wichtiger Faktor für die Einschätzung des Meinungsklimas (1990, S. 265).

merksamkeit schafft. Veröffentlichte Kommunikation ist in ihrer Umwelt besonders resonanzfähig.

Nicht alle Personen, Gruppen und Organisationen haben die gleichen Chancen, für ihre Themen Publizität zu gewinnen. Der Primärkode der Massenmedien öffentlich/nicht-öffentlich besitzt zur Steuerung konkreter Operationen Sekundärkodes, die von der Leitdifferenz öffentlich/nicht-öffentlich abgeleitet und darauf bezogen sind. Diese Sekundärkodes sind in der Medienforschung als Nachrichtenwerte Gegenstand zahlreicher Untersuchungen gewesen. Die Nachrichtenselektionsforschung bemüht sich seit langem, die wichtigsten Nachrichtenfaktoren in einer Nachrichtenwert-Theorie zu konzeptualisieren (zusammenfassend Staab 1990). Der traditionelle, realistische Ansatz, der versucht, die Nachrichtenauswahl und -gestaltung auf spezifische objektive Eigenschaften von Ereignissen zurückzuführen, etwa indem man Kataloge von Nachrichtenfaktoren aufstellt, ist seit der Kritik von Molotch/Lester (1974), Schulz (1976) und Staab (1990) nicht mehr zu halten. Dies gilt einmal aus erkenntnistheoretischen Gründen, da der realistische Ansatz den konstruktiven Charakter sozialer Wirklichkeit auf allen Ebenen der Kommunikation verkennt und einen „objektiven“ Zugang zu Ereignissen (z. B. über Statistiken) postuliert, das gilt zum anderen, weil andere Ansätze der Massenkommunikationsforschung, so etwa die „News-Bias“-Forschung, gezeigt haben, daß die Journalisten Ereignisse aufgrund ihrer eigenen professionellen und politischen Einstellungen auswählen oder nicht auswählen (Staab 1990, S. 203).²³ Staab zieht aus dieser Kritik zwei Konsequenzen:

1) Die Nachrichtenwert-Theorie ist gar keine Theorie der Nachrichtenselektion, sondern ein Modell zur Beschreibung und Analyse von Strukturen der Medienrealität. Die eigentliche Selektionsentscheidung besteht nicht in der Auswahl von Ereignissen aus der „Realität“, die ja die Analyse der nicht-publizierten Meldungen voraussetzen würde, sondern die Nachrichtengestaltung, d. h. die Gewichtung von Beiträgen durch Umfang, Platzierung, Aufmachung, Verknüpfung mit anderen Themen usw. Die Nachrichtenfaktoren sind (mit wenigen Ausnahmen) nicht objektiv meßbar, sondern lediglich indizierbar bzw. konsensbedingt (z. B. Aktualität, Status der Akteure, geo-

23 Molotch/Lester haben 1974 auf der Basis einer ethnomethodologischen Position vorgeschlagen, die Annahme einer objektiven Welt, über die berichtet werden könnte, zu suspendieren und statt dessen Nachrichten als eine konstruierte Realität zu betrachten. In dieser Perspektive wird die Produktion von berichtenswerten Ereignissen zu einem zielgerichteten Verhalten („process of news creation“ bzw. „doing events“).

graphische und politische Nähe, Dynamik des Ereignisses, Konflikthaftigkeit, Werte, Human Interest). Die Gewichtung der Journalisten ist orientiert an der Aufmerksamkeit des Publikums.

2) Die bisher allein vorherrschende kausale Betrachtungsweise, die den Journalisten zum apolitischen passiven Informationsvermittler (Gatekeeper) macht, muß durch ein finales Modell ergänzt werden, wonach der Journalist Nachrichten aufgrund seiner eigenen Interessen oder jener seines Blattes zweckbewußt auswählt und entsprechend gestaltet.²⁴ Die Berufsnormen, die Arbeitsbedingungen und die Einstellungen der Journalisten sind bei der Nachrichtenauswahl mitentscheidend (zu den voluntaristischen Grundlagen der Politikberichterstattung vgl. Kepplinger 1992, S. 60ff.). In einem Finalmodell gewinnen Nachrichtenfaktoren eine andere Funktion, sie werden zu Legitimationselementen für Publikationsentscheidungen. Journalisten können Ereignissen Nachrichtenfaktoren zuschreiben, indem sie entweder eine Person oder ein Ereignis per Zuschreibung mit entsprechenden Eigenschaften versehen, eine Person als prominent einführen, einen Schaden übertreiben etc., oder ein belangloses Einzelereignis in einen breiten Kontext einfügen, für den sich leichter eine große Bedeutung, Aktualität etc. behaupten läßt (Staab 1990, S. 99).²⁵ Die Medien besitzen darüber hinaus die Möglichkeit, durch die Inszenierung von reinen Medienereignissen – z. B. Interviews – Pseudoereignisse zu einem gewünschten Thema zu kreieren. Die Themen-selektion kann nicht als Resultat einer selbständigen Auswahl oder aber eines bloßen Abschreibens von Nachrichten verstanden werden, sondern ist das Ergebnis eines „komplexen Wechselwirkungsprozesses zwischen den

24 In seiner empirischen Überprüfung des kausalen wie des finalen Modells kommt Staab zu dem Ergebnis, daß das kausale Modell erweitert, wenn nicht umgekehrt werden muß: „Die redaktionelle Entscheidung, über ein Ereignis oder einen Sachverhalt umfangreich zu berichten, kann .. auch als Ursache dafür angesehen werden, daß verschiedene Teil-aspekte des Geschehens thematisiert werden, auf die unterschiedliche Nachrichtenfaktoren zutreffen, was dann zu einer vergleichsweise hohen Nachrichtenfaktoren-Gesamt-intensität des betreffenden Beitrags führt“ (1990, S. 213). Vgl. auch die Analyse der „instrumentellen Aktualisierung“ am Beispiel des Nicaragua-Konflikts von Kepplinger et al. 1989, in der die journalistischen Gestaltungsmöglichkeiten von Nachrichten in einem publizistischen Konflikt deutlich werden.

25 Diese Kontexteinbettung dürfte für antisemitische Ereignisse per se gegeben sein, da sie heute in Deutschland immer im Horizont der NS-Judenverfolgung stehen. D. h., es ist zu erwarten, daß die Vielzahl von berichteten Bagatelereignissen ihre Publikation diesem Mechanismus verdankt.

Medienorganisationen und der gesellschaftlichen Umwelt“ (Ehlers 1983, S. 172). Die Massenmedien sind demnach bei unserer Analyse öffentlicher Konflikte über Antisemitismus als aktive Elemente zu behandeln, die mit ihrer Publikationsentscheidung strukturierend eingreifen und gewissen Ereignissen überhaupt erst Bedeutung verleihen, d. h. aus „mere occurrences“ „public events“ machen, wobei diese allerdings durchaus oft den strukturierenden Vorgaben der Umwelt (real world cues) folgen.²⁶ Den Massenmedien fällt in der Konfliktkommunikation also eine *Doppelrolle* zu: als Berichtserstatter über einen gesellschaftlichen Konflikt (Chronistenrolle) und als engagierte Konfliktpartei, die selbst einen Widerspruch anmeldet oder in einem laufenden Konflikt Stellung bezieht. Da wir es bei antisemitischen Konflikten heute mit solchen zu tun haben, in denen es nicht um materielle Interessen, sondern um die Geltung von Normen und Werten geht,²⁷ ist damit zu rechnen, daß die Massenmedien bei diesem Thema selten nur eine neutrale Berichtserstatterrolle spielen. Dennoch findet sich der reine Typus des *publizistischen Konflikts*²⁸ selten, da die Norm des Anti-Antisemitismus von den Prestigemedien durchgängig vertreten wird, so daß keine der Zeitungen einer antisemitischen Gegenstimme Raum geben würde. Als Konfliktpartei stellen sich die Massenmedien gewöhnlich geschlossen auf die eine Seite, so daß kein Konflikt *zwischen* ihnen entstehen kann, sie aber dennoch am Konflikt teilnehmen.

Die Medien können prinzipiell jedes Thema mit Publizität ausstatten, sofern sie Abnehmer dafür finden. Dennoch gibt es bis heute Themen bzw. spezifische Beiträge zu Themen, die nicht publizierbar sind (zu Medien-Tabus siehe Wagner 1991). Solche Grenzen werden etwa durch das Standes-

26 Fishman (1980) nennt etwa den Phasenablauf eines Kriminalfalles von der Verhaftung, Anklage, Gerichtsverhandlung zur Verurteilung. Wir werden diese Strukturierung der Berichterstattung durch die Bearbeitungsrythmen in den verschiedenen Teilsystemen und Organisationen auch bei unserem Thema finden. Prozesse, parlamentarische Beratungen, polizeiliche Ermittlungen usw. geben den Medien eine Zeitstruktur vor, auf die sie reagieren.

27 Natürlich gibt es zwischen den beiden Konflikttypen Interdependenzen, z. B. wenn die Verteilung von Gütern aufgrund von Normen geregelt wird. Die Frage der Restitution und Wiedergutmachungszahlungen an Juden zeigt diese konflikthafte Interdependenz.

28 Kepplinger/Hachenberg/Frühauf sprechen dann von einem publizistischen Konflikt, wenn Publizisten und Publikationsorgane zum eigentlichen Träger des Konflikts werden (1977, S. 15). Vgl. in unserem Kontext den Fall Hofstatter und die Fassbinder-Kontroverse (Erster Teil); partiell auch die Bitburg-Affäre.

recht, also die „Publizistischen Grundsätze“ (Pressekodex) und die „Richtlinien für die redaktionelle Arbeit nach den Empfehlungen des Presserates“, durch freiwillige Selbstkontrollen, aber auch von außen durch rechtliche Bestimmungen (Recht am eigenen Bild, Beleidigung, Volksverhetzung usw.) markiert. An Themen wie Sexualität und heute vor allem am Thema Gewalt wird über die Grenzen des Publizierbaren gestritten. Eine klare Grenze besteht in den westdeutschen Medien, was die Thematisierung von erkennbar antisemitischen oder sonst nationalsozialistischen Positionen betrifft. Kommt es hier dennoch zu einer Grenzüberschreitung, so kann das entsprechende Publikationsorgan mit Sanktionen im System der Publizistik selbst und von außerhalb rechnen (vgl. die Affäre „Adolf Bleibtreu“). Insofern stellt das Thema Antisemitismus einen Sonderfall dar, in dem eine durchgängige „herrschende öffentliche Meinung“ auf ein Publikum traf, dessen Einstellungen dazu dissonant waren.

2.1 Öffentliche Konflikte und Massenmedien

Das Verhältnis des Sozialsystems Publizistik zu anderen gesellschaftlichen Systemen ist bisher noch wenig untersucht worden. Eine Ausnahme bildet die Beziehung von Medien und politischem System, weil Öffentlichkeit oft als intermediäres System zwischen Politik und Bürgern gesehen wird (Gerhards/Neidhardt 1991, Wolton 1990). Wir verwenden hier einen weiteren Öffentlichkeitsbegriff.

Da Konflikte über Antisemitismus in der Bundesrepublik fast immer das politische System tangiert haben, soll die Analyse des Zusammenhangs von Politik und Massenmedien hier stellvertretend für Intersystemwirkungen analysiert werden. Wir konzentrieren uns dabei vor allem auf die Rolle von Konflikten. Die Untersuchung öffentlich ausgetragener politischer Konflikte (Stichwort: Streitkultur) und ihres Zusammenspiels mit den Massenmedien hat in den letzten Jahren größere Aufmerksamkeit in der Politikwissenschaft und der Soziologie gefunden, etwa indem man sich verstärkt um eine Theorie des politischen Skandals bemüht.²⁹

29 Vgl. den von Scarcinelli herausgegebenen Band *Demokratische Streitkultur* (1990), darin auch der Beitrag „Skandale als Kristallisationspunkte politischen Streits“ von Beule/Hondrich, S. 144-156; siehe auch die Bände von Ebbinghausen/Neckel 1989; Moser 1989; den Beitrag von Zintz/Roennefarth 1990 u. a.

Es lassen sich grundsätzlich zwei Formen des Zusammenhangs von Politik und Publizistik unterscheiden:

1. Die Medien verleihen einem Ereignis außerhalb des politischen Systems Publizität, nehmen dabei eventuell Problemdefinitionen von kollektiven Akteuren auf, oder versuchen, bestimmte Handlungen zu skandalisieren bzw. Probleme moralisch aufzuladen,³⁰ um so Resonanz im politischen System zu erzeugen. Besteht zwischen den politischen Parteien in der Bewertung Konsens, so wird sich daraus kein *politischer* Streit entwickeln, und die entsprechenden Gremien werden schnell zu den nötigen Entscheidungen kommen. Läßt sich über das Thema oder über abgeleitete Subthemen³¹ entlang der Grenzen politischer Lager streiten, so wird das Thema Gegenstand eines politischen Konflikts, dem die Massenmedien dann wiederum Publizität verleihen.
2. Der Streit kann jedoch auch im politischen System beginnen, indem z. B. das Verhalten eines Politikers aus dem gegnerischen Lager zum Gegenstand öffentlicher Kritik gemacht wird (man denke in unserem Kontext an die Fälle Hedler, Graf von Spee oder Jenninger) oder indem bestimmte politische Planungen oder Entscheidungen angegriffen werden. Hier wird der Streit inszeniert und zum Instrument des politischen Kalküls. Für die politische Elite sind die Chancen groß, über Öffentlichkeitsarbeit die Themen der Medienagenda zu beeinflussen.³²

ad 1) Die Bearbeitung antisemitischer Ereignisse ist nicht per se Aufgabe der Politik. Die meisten Vorkommnisse (Beleidigungen, Friedhofsschändungen, Verbreitung von Schriften) erreichen die politische Arena nicht,

30 Gerhards/Neidhardt 1990, S. 40 über den Versuch, Problemdefinitionen mit „labels“ zu versehen, die die Präferenz unabweisbar anzeigen: niemand ist für „Ausbeutung“, „Krieg“ etc. Damit werden gute/schlechte Positionen moralisch markiert.

31 Aus dem Fall Nieland, über dessen Einschätzung Konsens bestand, wurde Ende der 50er Jahre ein Streit zwischen den Regierungsparteien und der SPD-Opposition über den Zustand der Justiz.

32 Scarcinelli merkt dazu kritisch an, daß es sich bei manchem mediengerecht inszenierten Streit eher um kommunikative „Kunstprodukte“ handelt und nicht wirklich um streitwürdige Themen (1990, S. 48). Er dient häufig weniger einer Sachauseinandersetzung als dem Zweck, einen Politiker der Gegenseite zu diskreditieren. Auch Weischenberg (ebd.) spricht von der Kreation von „Pseudo-Ereignissen“ durch Politik und Medien, wobei Politik auf Kommunikation reduziert wird (S. 103ff.). Zur Bedeutung der Öffentlichkeitsarbeit in diesem Zusammenhang Baerns (1985).

sondern werden in anderen Teilsystemen wie Publizistik oder Justiz (Gerichtsverfahren) abgehandelt und erreichen so – wenn überhaupt – die Medienagenda, um von ihr alsbald wieder zu verschwinden. Die Medien selektieren hier nach eigenen Publizitätsgesichtspunkten. Arbeiten, in denen das Verhältnis von medialer und politischer Agenda untersucht worden ist, betonen die Differenz zwischen beiden (Gormley 1975, Cook et al. 1983, Ehlers 1983, Kleinnijenhuis/Rietberg 1995). Die Medienagenda produziert zwar bei den Politikern ebenfalls erhöhte Aufmerksamkeit und die Ansicht, daß politisches Handeln notwendig sei, jedoch bleibt der Issue im faktischen politischen Entscheidungsprozeß davon unbeeinflußt. Das politische System regelt die Beziehungen zur Umwelt durch eigenselektive Kriterien (als neuere Übersicht Jarren 1988). Die Medien können wohl Aufmerksamkeit wecken und kanalisieren, die Politikagenda muß und kann aber nur nach internen Verfahrensregeln operieren. Dies gilt für die Sachdimension (Auswahl relevanter Themen) ebenso wie für die Zeitdimension (Operation nach eigenen Zeitplänen³³) und die Sozialdimension (Pluralität relevanter Umweltsysteme). Es ist also zu fragen, unter welchen Bedingungen die öffentliche Thematisierung das politische System „zwingt“, ein Problem auf die politische Agenda zu setzen, bzw. wann und wie das politische System die medial vermittelten Themen intern aufnimmt und übersetzt, z. B. durch parteipolitische Polarisierungen, durch Eröffnung politischer Entscheidungsverfahren usw. Luhmann weist darauf hin, daß nicht alle externen Konflikte in das politische System übernommen und damit kanalisiert werden können. Konflikte, die nicht auf Entscheidungen zugeschnitten oder nicht in interne politische Widersprüche umformuliert werden können, bleiben unbearbeitet oder werden „symbolisch“ behandelt. Trotz seiner Autonomie bleibt das politische System gegenüber dem Druck seiner Umwelt nicht unempfindlich. Es lassen sich eine Reihe von Bedingungen formulieren, die eine Übernahme ins politische System begünstigen: der Druck einflußreicher gesellschaftlicher Gruppen, eine konsonante und kumulative Berichterstattung in den Medien, die Verknüpfung eines Issue mit laufenden politischen Ent-

33 Dies bedeutet für unsere Untersuchung, daß die Wirkungen antisemitischer Ereignisse und ihrer Thematisierung in der Öffentlichkeit im politischen System zumeist zeitversetzt auftreten. Erst die Häufung antisemitischer Skandale im Bereich der Justiz führte dann am Ende des Jahres 1959 zu einer parlamentarischen Reaktion. Bei der Analyse eines Konflikt-Komplexes sind diese Fernwirkungen zu berücksichtigen, die dann wiederum zu einer Thematisierung in den Medien führen.

scheidungsverfahren, Verknüpfung mit außenpolitischen Rücksichten und Moralisierung.

Größere politische Resonanz gewinnt ein Thema durch moralische Aufladung. Das „Fehlverhalten“ der Justiz (Freisprüche, milde Urteile), der Polizei (mangelnde Aufklärungsarbeit, Vorgehen gegen Demonstranten) oder der Verwaltung (schleppende Bearbeitung) wird von interessierten Akteuren, in unserem Fall von den Medien, Verfolgtenorganisationen, Sprechern der jüdischen Gemeinden, thematisiert, um damit politischen Handlungsbedarf anzumahnen. Dies geschieht am wirkungsvollsten über Skandalisierungen. Das politische System besitzt in einem solchen Fall eine ganze Reihe von Reaktionsmöglichkeiten. Einzelne Politiker, Parteien oder Verbände können sich über die Medien mit Stellungnahmen einschalten und damit eventuell einen politischen Streit entfachen. Der Issue kann aber auch in das System übernommen und zum Gegenstand von Parlamentsdebatten, Regierungserklärungen und Gesetzgebungsverfahren werden.³⁴

Ähnlich wie die Massenmedien besitzt auch das politische System Thematisierungsschwellen und Aufmerksamkeitsregeln. Das politische System als ganzes oder bestimmte Subsysteme können versuchen, ein Problem durch Nicht-Thematisierung fernzuhalten. Edwin Czerwick weist in seiner Bestandsaufnahme „Zur Nicht-Thematisierung streitwürdiger Themen“ (1990, S. 193) auf die Themen hin, die sich auf die nationalsozialistische Vergangenheit beziehen. Das deutsch-jüdische Verhältnis gehört sicher zu den Themen, die von der Politik gern gemieden und formelhaft behandelt werden. Diese Nicht-Thematisierung läßt sich im Fall des Antisemitismus wohl nicht organisations- oder machttheoretisch begründen, auch wenn Wählerrücksichten nicht völlig auszuschließen sind, sondern staatstheoretisch, da seine Existenz den für die Legitimierung der Bundesrepublik wichtigen Bruch mit dem Dritten Reich als weniger tief erscheinen lassen könnte (Tabu als Strukturschutz). D. h., der Nationalsozialismus ist politisch nicht

34 Im Fall des Antisemitismus ist dies wiederholt auf Landes- wie auf Bundesebene geschehen (1951, 1958, 1960, 1986). In einer anderen, für das politische Streiten wichtigen Arena, dem Wahlkampf, hat er nie eine Rolle gespielt, da hier Tabu-Themen eher gemieden werden. Als moralisch eindeutig codiertes Thema ist er zudem schwer zu verwenden. Betrachtet man Wahlen als eine erste Absorptionsstufe von Konflikten, dann könnte das Nichtvorkommen des Themas auch darauf hinweisen, daß es eben einen faktischen Konflikt zwischen Deutschen und Juden nicht gibt, der parteipolitisch instrumentalisiert werden könnte. Im Deutschen Reich waren seit den 1880er Jahren bis 1932 Parteien mit konkreten antijüdischen Forderungen in Wahlkämpfen aufgetreten.

kontrovers,³⁵ er verweist jedoch auf unliebsame Kontinuitäten und unbewältigte Lasten. Entsprechend variiert auch die Thematisierungsbereitschaft mit der Identifikation mit dem Staatswesen, „so wie es ist“: Systemkritiker und systemkritische Parteien können den Antisemitismus eher als politisches Problem akzeptieren als die rechtskonservativen, staatsorientierten Parteien. Es ist daher zu erwarten, daß die Thematisierungsschwellen der verschiedenen Parteien unterschiedlich hoch sein werden. Es müssen sowohl die Strategien der Entwertung, etwa die Depolitisierung des Antisemitismus über eine Definition als ein strafrechtliches Problem, der Erzeugung von Themenkonkurrenz auf der einen Seite als auch der Aufwertung und Dramatisierung auf der anderen betrachtet werden. Das Scheitern von Thematisierungsversuchen kann seinerseits zum Gegenstand politischen Streits werden, wenn es als Ausdruck bestimmter politischer Interessen interpretiert werden kann. Nicht-Thematisierung wird als systematisches Ausblendungsinteresse behandelt, das seinerseits aus parteipolitischen Absichten thematisiert werden kann. Diese Themenverschiebung ist typisch für den Verlauf der politischen Auseinandersetzungen zum Thema Antisemitismus in der Bundesrepublik.³⁶

ad 2) Der öffentlich-politische Streit kann seinen Ausgangspunkt auch im politischen System selbst haben, etwa wenn Politiker sich antijüdisch äußern oder wenn politische Entscheidungen Kritik hervorrufen. In einem solchen Fall ist sowohl die Skandalisierung wie auch die parteipolitische Instrumentalisierung relativ leicht möglich.

35 Dies gilt natürlich nur für den politischen „mainstream“. Ein Prozeß kontroverser Kommunikation kommt bei diesem Themenkomplex selten zustande, da echte Ungewißheit über den Ausgang, also eine Suspendierung von Macht nicht besteht. Für die Rechtsradikalen ist deshalb kein Motiv für eine Beteiligung gegeben, ja, sie wäre für sie sehr riskant. Sie können nicht zu bindenden Selbstdarstellungen in antisemitischer Richtung gebracht werden, so daß ein Argumentationsprozeß nicht in Gang kommt.

36 Das wohl klassische Beispiel ist die Rede des GRÜNEN-Abgeordneten Dr. Müller in der Aktuellen Stunde zum Antisemitismus 1986. Dort sagte er: „Sie, meine Damen und Herren von der CDU/CSU, die Sie sagen: Es gibt keinen Bedarf für diese Debatte, betreiben eigentlich ... weiterhin einen Teil der Verdrängung, die seit 1945 eine ernsthafte Auseinandersetzung mit dem Antisemitismus verunmöglicht hat. Dieses ... bedrückt mich mehr, als antisemitische Äußerungen aus Ihren Reihen“ (Verhandlungen des Deutschen Bundestages, 10. Wahlperiode, 201. Sitzung, Bonn, den 27.2.1986, S. 15417).

Das Thema Antisemitismus ist wegen seiner moralischen Aufladung gut zur Skandalisierung geeignet, da eine entsprechende Äußerung oder Handlung gegen den Grundkonsens der westdeutschen politischen Kultur verstößt, nämlich gegen die strikte Verurteilung und Distanzierung des Nationalsozialismus und seiner Ideologie. Beule und Hondrich haben von einer „Skandalökonomie“ gesprochen, um auf die Tatsache aufmerksam zu machen, daß trotz zahlreicher Skandalisierungsversuche die Zahl der wirklich großen Skandale begrenzt ist. Gesellschaftsweite Empörung ist offenbar nicht ohne weiteres zu mobilisieren. Zwei Aspekte sind hier zu berücksichtigen: 1) von wem gehen die Skandalisierungen aus (Enthüllung und Etikettierung), und wer empört sich über antisemitische Vorkommnisse bzw. wer verteidigt die skandalisierte Person; 2) wie ändert sich möglicherweise die gesellschaftliche Sensibilität für derartige Normverstöße.³⁷ Es ist jedenfalls auffällig, daß sich antisemitische Skandale in der Politik nach der ersten Aufarbeitungsphase des Nationalsozialismus in den frühen 50er Jahren erst wieder in den 80er Jahren finden. Wurden also früher entsprechende Politikeräußerungen, man denke an Adenauers unbefangene Rede vom „Weltjudentum“, als nicht skandalös oder nicht skandalisierbar empfunden? Betrachtet man Skandale als „Lernveranstaltungen“, in denen Werte und Normen der politischen Kultur gelernt und bekräftigt werden, dann könnte diese Entwicklung als ein historischer Prozeß der stärkeren Sensibilisierung hinsichtlich unserer Thematik gesehen werden.

Zum politischen Skandal gehört, daß er von den Gegnern und von der Presse dramatisiert wird. Seine typischen Kennzeichen, die Aufdeckung von Mißständen, Übertreibungen, die Abfolge von Behauptungen und Dementis, das Abbröckeln entweder der Vorwürfe gegen den Skandalisierten oder seiner Unterstützung durch Parteifreunde usw., lassen erst allmählich die Konturen des Geschehens sichtbar werden und eine Entscheidung über die Grundlagen des Skandals zu. In der Berichterstattung wird sich eine skandaltypische Verlaufsform zeigen, wobei sich die widerstreitenden Intentionen der Skandalisierer und der Skandalisierten gegenüberstehen: erstere müssen den Skandal „am Kochen“ halten („duration is everything“, Szasz 1986, S. 212), während die andere Seite versucht, den Skandal aus den Medien herauszubekommen.

37 Man wird jedoch davon ausgehen müssen, daß Normverletzungen nicht in allen „Werte-Milieus“ gleichermaßen Empörung auslösen, daß sich hier aber ein kollektiver Lernprozeß hin zu einer größeren Inklusion vollziehen kann.

Eine parteipolitische Polarisierung in Freunde und Gegner der Juden war nach 1945 nicht mehr gegeben. Allenfalls auf dem „Nebenschauplatz“ des gemeinsamen Kampfes aller Parteien gegen den Rechtsradikalismus diente Antisemitismus als Vorwurf. Er produzierte die „Einheit der Demokraten“ gegen die Nicht-Demokraten, eine Grenze zwischen den „Demokraten“ konnte er nicht markieren. Aufgrund dieser Festlegung konnte die Konfliktlinie nicht beliebig zur Mitte hin verschoben werden, so daß eine parteipolitische Instrumentalisierung des Antisemitismus nur selten vorkam. Ein wichtiger Grund dafür ist auch der Funktionsverlust der Parteipresse. Da die Parteien über eigene Kommunikationsmittel kaum noch verfügen, müssen sie das massenmediale Nadelöhr passieren. Rechtsradikale, antisemitisch orientierte Parteien erreichen mit ihrer marginalen Presse die breitere Öffentlichkeit nicht und finden in den Prestigemedien als Splittergruppen gewöhnlich keine Erwähnung, vor allem dann nicht, wenn es einen Ablehnungskonsens unter den Journalisten gibt. Unabhängig davon werden aber kleine Parteien durch die Regeln der Nachrichtenauswahl systematisch benachteiligt, da sie weder über bekanntes Personal noch über die nötigen PR-Kapazitäten zur Inszenierung von Pseudoereignissen verfügen.³⁸ So besteht eine Asymmetrie in den Kommunikationschancen zwischen den etablierten Parteien und denen des rechten Randes, so daß Stellungnahmen der letzteren zu antisemitischen Konflikten in der Prestigepresse nur selten publiziert werden.

Wenn doch parteipolitische Konflikte auftraten, dann waren sie sehr stark personenzentriert: der Vorwurf wurde explizit gegen eine Person aus Partei oder Regierung gerichtet (gegen den DP-Abgeordneten Hedler oder den CSU-Abgeordneten Fellner) und traf zunächst nicht die Partei als ganze. Die parteipolitischen Konflikte nehmen hier den Charakter von Personaldebatten an, es geht um den Verbleib oder den Rücktritt des angegriffenen Politikers. Die Konfliktstrategien für beide Konfliktparteien sind damit vorgezeichnet. Da eine Rechtfertigung von Antisemitismus als Verteidigungsstrategie ausscheidet, bleiben den Verteidigern vor allem Strategien der Konfliktbegrenzung. Zum Management des Konfliktumfangs gehören semantische Umdeutungen (man hat es nicht so gemeint), Herunterspielen, Kompromißangebote (Entschuldigung statt Rücktritt), schnelle Entscheidungen, Monopolisierung (man macht den Konflikt zur parteiinternen Angelegenheit), Gegenvorwür-

38 Kepplinger (1985, S. 252) spricht in diesem Zusammenhang von einer informellen 5%-Hürde.

fe,³⁹ während die „Angreifer“ auf Konflikteskalation drängen, um über die direkt angeschuldigte Person hinaus die gesamte Partei zu treffen. Da diese Parteienkonflikte immer auch stark auf die Öffentlichkeit zielen, muß derjenige, der den Konflikt beginnt, den Anschein bloß parteipolitischer Instrumentalisierung vermeiden. Hier liegt eine Grenze für die Thematisierung von Bagatellen, der der instrumentelle Charakter allzusehr anzusehen ist.⁴⁰ Für parteipolitische Auseinandersetzungen spielte der Antisemitismus insgesamt nur eine untergeordnete Rolle.

3. Medienwirkungen

Die Medienwirkungsforschung im engeren Sinne hat sich primär mit Wirkungen auf den individuellen Rezipienten befaßt⁴¹ und allenfalls die interpersonale Kommunikation im engeren sozialen Umfeld einbezogen (so im Konzept des Meinungsführers im „two-step-flow of communication“ oder in der Bezugsgruppentheorie, zur letzteren neuerdings Lenart 1994, Schenk 1995), institutionelle oder organisatorische Lernprozesse und deren Einfluß

39 Im Gewand der Totalitarismustheorie diente der Antikommunismus als Instrument, eine neue Konfliktarena, sozusagen einen Konflikt der Konflikte zu eröffnen, indem man Vorwürfe gegen Personen wegen ihrer NS-Vergangenheit (z. B. Globke) mit dem Verweis auf die kommunistische anderer Personen (z. B. Herbert Wehner) konterte. Wenn nach Schattschneider (1960, S. 67) die Frage nur sein konnte: „Which battle do we want most to win“, dann hat sich der Schwerpunkt in der Bundesrepublik früh hin zum Antikommunismus verlagert. Im System der Dominanz und Unterordnung von Konflikten hat der Antisemitismus also nur einen geringen Stellenwert gehabt und ist früh durch den Antibolschewismus ersetzt bzw. mit ihm verschmolzen worden. Sozialpsychologisch gesehen war die Verschiebung der negativen Emotionen von den Juden auf die Kommunisten relativ leicht möglich, da zwischen beiden bereits in der NS-Propaganda eine Teilidentität behauptet worden war.

40 Vor allem im lokalen Rahmen kann der Versuch, antijüdische Äußerungen zu skandalisieren, auf Ablehnung stoßen, etwa weil der Skandalisierte hohes Ansehen genießt, weil antijüdische Klischees noch verbreitet sind, weil man Konflikte anders interpretiert als der am Konflikt beteiligte Jude oder weil der parteipolitische Charakter zu sehr durchscheint (vgl. den Fall von Spee).

41 Diese enge Koppelung von Medienbotschaft und Bewußtsein gilt auch für den dynamisch-transaktionalen Ansatz. Vgl. zuletzt Früh 1994.

auf ihre Mitglieder bzw. ihr spezifisches Publikum, sozusagen eine andere Form des „two-step-flow“, sind bisher kaum untersucht worden.

In dieser Arbeit werden Wirkungen der öffentlichen Meinung auf drei Ebenen untersucht: 1) In der Langzeitanalyse kommunikativer Konflikte zu einem Thema kann die Wirkung der öffentlichen Konfliktgeschichte auf sich selbst analysiert werden, also das Lernen im Laufe einer Themenkarriere. Dabei ist anzunehmen, daß die Fokussierungen des Themas und der dazu eingehenden Beiträge nicht ohne Einfluß auf die Publikumsagenda und letztlich auch auf die persönlichen Einstellungen bleiben. Die Bedingungen und Folgen von Thematisierungs- und Themenstrukturierungsprozessen durch die Medien hat vor allem der Agenda-Setting-Ansatz untersucht. 2) Für langfristigen Einstellungswandel ist die Verteilung von Kommunikationschancen und Kommunikationsbereitschaft von Bedeutung, da die Tradierung von Ideologemen ohne öffentliche Präsenz auf Dauer schwierig sein dürfte. Zu diesem Aspekt ist auf Theorien zurückzugreifen, die die kommunikativen Wirkungen erklären wollen, die sich aus der medienvermittelten Rezeption des herrschenden Meinungsklimas für die öffentliche Kommunikationsbereitschaft von Individuen (Schweigespirale, Noelle-Neumann 1991; Kommunikationslatenz, Bergmann/Erb 1986) bzw. für deren Annahmen über die Meinungsverteilungen in der Bevölkerung ergeben („pluralistic ignorance“, O’Gorman 1975, Fields/Schuman 1976, „third-person effect“, Davison 1983; „False-consensus“-Konzept, Mullen/Hu 1988). 3) Inwieweit lassen sich – unter bestimmten Bedingungen – *Einstellungsänderungen* in der Bevölkerung auf die massenmediale Öffentlichkeit zurückführen. Diese Frage ist seit langem Gegenstand der Wirkungsforschung im traditionellen Sinne, der es um den Einfluß der Medien auf Einstellung und Verhalten des „Publikums im Kontakt“ geht.⁴² Die Beschränkung auf den einzelnen Rezipienten halte ich jedoch für eine verkürzte Perspektive. Der kollektive Lernprozeß, so nehme ich an, verläuft in Teilen *zweistufig*: Zunächst hat ein Meinungswandel in Institutionen und Organisationen stattgefunden (Kirchen, Schulen, Militär usw.), die dann direkt und wiederum vermittelt über die öffentliche Meinung auf ihre Klientel einwirken.

42 Alle drei Forschungsrichtungen werden fast ausschließlich von Medienwissenschaftlern (Soziologen, Publizistikwissenschaftlern, Politologen) vertreten, so daß eine im Grunde notwendige Verbindung mit der sozialpsychologischen Einstellungsforschung und deren Erkenntnissen über generelle Bedingungen von Einstellungswandel selten vorgenommen wird (s.u. 3.5). Vgl. neuerdings aber Früh 1994, S. 39ff.

3.1 *Agenda-Setting-Forschung*

Der heute in der Mediensoziologie dominierende *Agenda-Setting-Ansatz* ist vorrangig als Wirkungsforschung ausgelegt, in der nach dem Einfluß der Medienagenda auf die Publikumsagenda gefragt wird (Themenstrukturierungsfunktion – als neuesten Überblick über die Forschungsgeschichte vgl. Rogers/Dearing 1988, zum Forschungsstand Brosius 1994). Dieser Ansatz verzichtet im Unterschied zur früheren Wirkungsforschung auf die Untersuchung von Einstellungs- oder Meinungsänderungen und bescheidet sich damit, die Wirkung der Medien in der Vorgabe von Themen zu sehen. In den *Priorities-* und *Saliency-*Modellen geht es um die Rangfolge und Bedeutung der von den Medien hervorgehobenen Themen im Bewußtsein der Rezipienten, im *Awareness-*Modell um den Prozeß, mit dem bestimmte Themen als diskussionswürdig bekanntgemacht, andere vernachlässigt werden (Ehlers 1983, S. 169).

3.1.1 *Thematisierungs- und Strukturierungsfunktion*

Die Agenda-Setting-Forschung befaßte sich im ersten Jahrzehnt nach ihrem Beginn im Jahre 1972 vor allem mit den kognitiven Wirkungen der Medien, d. h. der öffentlichen Aufmerksamkeit und der Bedeutung von „Issues“, die durch sie beim Publikum erzeugt werden („what we think about“), während die traditionelle Frage nach der Änderung von Meinungen und Einstellungen („what we think“ oder „how we feel“) kaum Interesse fand (Weaver 1984, S. 680). Seit Beginn der 80er Jahre tritt diese „alte“ Frage wieder stärker in den Vordergrund, nachdem einige Studien „have begun to build a bridge between media agenda-setting effects and the opinions of the public“ (ebd. S. 681; auch Weaver/Graber/McCombs/Eyal 1981, Katz 1980), indem sie von der Annahme ausgingen, daß es eine Verbindung gibt zwischen dem, was wir wissen und worüber wir nachdenken, und den Meinungen dazu. Die Studien von Davidson/Parker (1972) und Mazur (1981) kamen zu dem Ergebnis, daß es eine positive oder negative Korrelation zwischen der Berichterstattung und der Bevölkerungsmeinung gibt. Die Medien machen also einen einflußreichen Realitätsvorschlag. Wie die experimentellen Studien von Iyengar/Kinder zum „Priming“-Effekt⁴³ zeigen, hat die Bedeutungszu-

43 Iyengar/Kinder 1987, bei denen „priming“ Änderungen in den Standards bezeichnet, mit denen die politische Öffentlichkeit Ereignisse bewertet. Fiske/Taylor (1984) be-

weisung durch die Medien einen doppelten Effekt beim Publikum: einmal dadurch, daß die Medien bestimmte Aspekte eines Issue betonen (framing), so daß sich möglicherweise dadurch die Einstellung gegenüber einem Gegenstand, an dem man bisher ganz andere Züge wahrgenommen hatte, ändert, zum anderen dadurch, daß durch das Agenda-Setting Erinnerungen an früher gespeicherte Informationen aktiviert werden, die dann zur Meinungsbildung mit herangezogen werden. Insofern bieten Langzeitanalysen den Vorteil, daß hier die Kumulation des medialen Einflusses vor allem in Fällen konsonanter Berichterstattung erfaßt werden kann. Bezogen auf den Antisemitismus, der am Ende des Dritten Reiches als ein festes negatives Einstellungsmuster bei vielen Deutschen festzustellen war, hat die Umfokussierung auf eine philosemitische Darstellungsweise und auf Kritik am Nationalsozialismus und seiner Judenpolitik zu einer kognitiven Dissonanz mit den gespeicherten Einstellungen und Wissens-elementen geführt. Es brauchte Zeit, bis diese Dissonanz sich bei einem Teil der Bevölkerung in Richtung der neuen Informationen auflöste. Dabei ist wichtig, daß durch eine Thematisierung benachbarter Themen oder Konzepte sich Bewertungen von einem Thema auf das andere übertragen (spreading-activation). Die negative Bewertung des Nationalsozialismus generell wird nicht ohne Auswirkung auf antisemitische Vorstellungen geblieben sein, die dann ebenfalls einer Kritik unterworfen werden.

Rainer Mathes (1989) hat am Beispiel der Themenkarriere im Kießling-Wörner-Konflikt die Metamorphosen eines Konfliktgegenstandes im Konfliktverlauf analysiert, an denen die Massenmedien maßgeblichen Anteil haben. Er spricht von einem *Strukturierungs-* bzw. *Fokussierungseffekt* der Medien, der besonders bei hoher Medienkonsonanz gegeben ist. D. h. für unseren Fall, daß es nicht nur eine Konfliktgeschichte des Antisemitismus-Themas über Jahrzehnte hinweg gibt, sondern daß es in jedem Einzelfall eine interne Konfliktgeschichte mit wechselnden Fokussierungen und Neudefinitionen geben kann. Diese Neudefinition, verbunden mit einer neuen Bewertung, wird von Mathes als „Priming-Effekt“ bezeichnet und mit dem Meinungsführer-Konzept innerhalb des Mediensystems verknüpft (1989, S. 451). Trendsetter-Medien können durch eine Verlagerung des Konflikt-schwerpunktes eine Kettenreaktion im Mediensystem auslösen, die andere

zeichnen mit „priming“ etwas breiter sowohl den Agenda-Setting-Effekt der Massenmedien als auch deren semantische Komponente bei der Definition von Issues für das Publikum.

Medien zum Mitziehen veranlaßt.⁴⁴ Bei unserer Analyse ist auf diesen Zusammenhang zu achten, gerade weil eine explizit negative, antisemitische Bewertung ausgeschlossen ist. Mathes schlägt ein Drei-Ebenen-Modell der Konfliktberichterstattung vor, das Funktionen der Berichterstattung mit sozialen Funktionen verknüpft:

Berichterstattung	Thematisierung	Strukturierung		Bewertung
soziale Funktion	Bedeutsamkeit von Konflikten	Festlegung der Konfliktgegenstände	Priming-Effekt	Akzeptanz von Konfliktlösungen

Dieses Modell definiert wesentliche Schwerpunkte für unsere Untersuchung: die Frage, welchen Konfliktereignissen Bedeutung zugesprochen bzw. abgesprochen wird; die Untersuchung der Definition der Konfliktgegenstände im Zeitverlauf, wie sie von den verschiedenen Medien vorgenommen wird; schließlich die wertenden Stellungnahmen für bestimmte Konfliktparteien bzw. -lösungen und die möglichen Medienwirkungen auf die Agenda und die Einstellung der Rezipienten. Dabei ist insbesondere zu berücksichtigen, daß bereits auf der Strukturierungsebene wesentliche Vorentscheidungen für die Bewertung des Konflikts fallen, dies also nicht allein der Entscheidung des Rezipienten anheimgestellt wird („Priming-Effekt“). Diese Bewertung dürfte in den deutschen Medien im Fall des Antisemitismus konsonant sein, so daß abweichende Bewertungen von Rezipienten von diesen als solche erfahren werden und durchgehalten werden müssen.

Für diesen Bewertungseffekt sind allerdings nicht die Medien allein verantwortlich. Wie Lang/Lang (1981) in ihrer Studie zum Watergate-Skandal herausgefunden haben, reicht die Medienberichterstattung nicht aus, um einem Thema höchste Priorität beim Publikum zu verleihen. Dazu müssen andere Institutionen und Eliten daran partizipieren. D. h., für die Bewertung und die Wirkung antisemitischer Konflikte ist zu untersuchen, ob sie über die Interessengruppen hinaus Elitepersonen und zentrale gesellschaftliche Institutionen mobilisieren können.

44 So schwenkten nach Mathes auch die zunächst positiv eingestellten konservativen Zeitungen im Verlauf des Wörner-Kießling-Konflikts auf Kritik an Wörner um, nachdem die *Frankfurter Rundschau* und die *Süddeutsche Zeitung* den Schwerpunkt ihrer Kritik von der Entscheidung Wörners auf dessen Rechtfertigungsversuche für die Entlassung verlegt hatten (1989, S. 451).

Wir gehen im folgenden davon aus, daß antisemitische Konflikte, denen es gelingt, auf die Medienagenda zu kommen, dem Thema bei den Rezipienten Bedeutung verleihen und auf deren Einstellung zu Juden Einfluß nehmen.

3.1.2 Themenkarrieren und das Konzept des „Framing“

Die Massenmedien geben dem Publikum jedoch nicht bloß Themen vor und strukturieren sie, sondern sie bestimmen auch den zeitlichen Ablauf einer Thematisierung (Themenkarriere).

Seit den 70er Jahren sind im Rahmen der Agenda-Setting-Forschung zahlreiche Studien zur Medienkarriere politischer Themen entstanden, häufig im Zusammenhang mit der Einführung neuer Themenkomplexe durch soziale Bewegungen (zur Kernenergie Gamson/Modigliani 1989, zum Konflikt über die Volkszählung von 1983 Pfetsch 1986). Dabei hat sich die Forschung vor allem darauf konzentriert, das Wesen eines Themas (nature of an issue) in bezug auf seine Nähe zum Publikum zu bestimmen. So hat etwa Harold Zucker (1978) Themen nach dem Grad ihrer Aufdringlichkeit in „obtrusive“ und „unobtrusive issues“ unterschieden, wobei aufdringliche Themen dem Rezipienten unmittelbar begegnen, während er bei unaufdringlichen, nicht direkt erlebbaren Themen auf die Thematisierungsleistung der Medien angewiesen ist. Gerade in diesen Fällen drängt sich, wie Marcinkowski schreibt, die Medienrealität als eine Art „operativer Fiktion“ für weiteres Handeln auf, und zwar ohne Prüfung ihrer faktischen Richtigkeit (1993, S. 65).

Für unseren Gegenstand ist wichtig, daß die Dauer einer Themenkarriere mit dem Charakter des Themas variiert. Je „unaufdringlicher“ das Thema, desto kürzer wird das Interesse daran sein. Sobald das Thema aus den Medien verschwunden ist, hört gewöhnlich auch die Beschäftigung mit ihm auf den anderen Ebenen der Öffentlichkeit auf. Eine ähnliche Unterscheidung von Themenarten nach dem Grad der Betroffenheit der Bevölkerung haben Lang/Lang (1981, S. 452f.) vorgeschlagen, indem sie „high-threshold-issues“, die rein durch die Berichterstattung für den Bürger existieren, von „medium-threshold-issues“ und „low-threshold-issues“ unterscheiden, d. h. Fragen, die den Bürger selektiv bzw. ganz direkt betreffen und mit denen er direkte Erfahrungen machen kann. Man muß heute die Frage der Einstellung zu Juden sicherlich als einen „high-threshold-issue“ ansehen, der nach unseren Umfrageergebnissen kein Gegenstand von hohem Interesse in der interper-

sonalen Kommunikation ist, zumal ja auch im Alltagsleben die Begegnung mit Juden in Deutschland sehr selten ist, so daß die Frage für viele abstrakt bleibt. Ihre Thematisierung wird daher sehr diskontinuierlich verlaufen und sich auf Ereignisse beschränken, die Massenmedien berichtenswert erscheinen. In der Konkurrenz um die Aufmerksamkeit der Medien und der Bürger dürfte dieses Thema gegenüber „low-threshold-issues“, die jeden Bürger direkt betreffen, unterlegen sein. Ob und wie lange antisemitische Konflikte auf der Medienagenda erscheinen, wird also entsprechend dem „Public arenas“-Modell (Hilgartner/Bosk 1988) wesentlich auch von den jeweils konkurrierenden Themen abhängen. Der Aspekt der Themenkonkurrenz ist bisher jedoch in der Forschung nur wenig berücksichtigt worden (Brosius 1994, S. 282).

Für unsere Frage nach der Medienwirkung ist wichtig, daß sowohl die Agenda-setting-Wirkungen wie auch die Möglichkeiten, auf die Einstellungen des Rezipienten einzuwirken, bei „high-threshold-issues“ oder unaufdringlichen Themen größer sind, da das Publikum ganz auf die Medienberichterstattung angewiesen ist und nicht über eigene medienunabhängige Erfahrungen verfügt. Gerhards geht nach einem Überblick über die Forschungslage sogar von einer Dominanz der Massenmedien als Informationsvermittler für alle politische Kommunikation aus. Die unterschiedliche Stärke der verschiedenen Kommunikationskanäle empirisch zu gewichten, stellt seiner Ansicht nach für die Bundesrepublik eine Forschungslücke dar (1991, S. 11).⁴⁵

Der Antisemitismus gehört heute nicht zum Typ „soziale Probleme“, der von Betroffenen oder Interessengruppen zielgerichtet „gepusht“ wird. Er kommt zumeist überraschend auf die öffentliche Agenda, und eine interessegeleitete Fortführung und der Anschluß weiterer Kontroversen sind dann die Folge der ersten Thematisierung, auf die nicht langfristig und zielgerich-

45 Zum Beleg der Dominanz der Medienkommunikation für politische Themen verweist Gerhards auf Michael Buß et al. 1984 und auf das DFG-Projekt zum „Multi-Step-Flow“, wonach über 50% der Befragten keine interpersonale Kommunikation über Politik pflegte (Merten 1991, S. 14). Auch Klingemann/Voltmer resümieren die Befunde der Wirkungsforschung dahingehend, daß die Bedeutung der Primärgruppenkommunikation in den letzten Jahrzehnten abgenommen und daß man deshalb für einen Teil des Publikums (non-discussants) von einer Unvermitteltheit zwischen Medien und Rezipienten auszugehen hat (1989, S. 222f.). Zugleich verlören auch die intermediären Institutionen wie Schule, Kirche, Gewerkschaften, die lange Zeit den Interpretationsrahmen von Politik definiert haben, an Bedeutung.

tet hingearbeitet worden ist.⁴⁶ Antisemitische Ereignisse und ihre Thematisierung beginnen fast immer mit einem schnellen öffentlichen Durchbruch, und sie zielen auch nicht immer und unbedingt auf eine politische Entscheidung. Da es sich zumeist nicht um materielle, sondern um nicht durch politische Entscheidungen lösbare *Wertkonflikte* handelt, kann der öffentlich geführte Konflikt bereits Selbstzweck sein, ohne daß in jedem Fall politische, rechtliche oder andere Schritte folgen müßten. „Entrance“, also das Erreichen der „formal agenda“ des politischen Entscheidungsprozesses, ist nicht unbedingt das Ziel der Konfliktparteien. Es geht bei diesen Wertkonflikten vielmehr um die immer erneute Bekräftigung bestimmter Werte bzw. Bekämpfung von Unwerten.

Im Verlauf einer Themenkarriere wechseln einmal die „Beiträger“, zum anderen können sich im öffentlichen Diskurs auch der Zuschnitt und die Bedeutung des Themas selbst verändern. Dies ist bei einer über vierzigjährigen Zeitspanne auch für das Thema Antisemitismus zu erwarten. D. h., ein Lernprozeß kann sich nicht nur quantitativ in einer abnehmenden Verbreitung antisemitischer Einstellungen niederschlagen, sondern auch in einer veränderten Deutung des deutsch-jüdischen Verhältnisses und des Holocaust. Dabei ist Gerhards zuzustimmen, daß Themenkarrieren nicht identisch sind mit Meinungskarrieren und daß wir bisher wenig darüber wissen, welche Bedingungen gegeben sein müssen, damit Themen und Frames erfolgreich Meinungen bilden bzw. ändern.⁴⁷ Es ist aber anzunehmen, daß die „belief systems“ der Rezipienten eine ähnliche Struktur aufweisen wie die Deutungsmuster der öffentlichen Kommunikation.

Einen neuen, konstruktivistischen Ansatz zur Analyse von Themenkarrieren haben Gamson und Modigliani entwickelt. Sie haben erstmals eine Langzeitperspektive gewählt und die Karriere des Themas „Kernenergie“

46 Rogers/Dearing (1988, S. 555-595) fordern zu Recht, daß die Issues und Ereignisse in der Agenda-Setting-Forschung besser differenziert werden müssen: „Certainly, a rapid-onset news event like the 1986 U.S. bombing of Libya is markedly different from a slow-onset natural disaster issue like the 1984 Ethiopian drought. A high-salience, short-duration issue like the 1985 TWA hijacking is different from such low-salience issues as the ups and downs of U.S. employment ...“ (S. 566f.). Die Thematisierung des Antisemitismus wird zumeist anhand von plötzlich auftretenden Fällen einsetzen, die jeweils auch nur eine relativ kurze Dauer haben werden. Wahrscheinlich läßt sich nicht für alle Issue-Typen dasselbe Phasenmodell hinsichtlich der Medienkarriere anwenden.

47 Gerhards (1993, S. 221) sieht in der empirischen Bestimmbarkeit der Überzeugungskraft der Medienberichterstattung eine Forschungslücke.

von 1945 bis 1989 untersucht. Die Autoren identifizieren im Mediendiskurs eine Reihe von „interpretive packages“, deren Karriere sie analysieren:

„Nuclear power, like every policy issue, has a culture. There is an ongoing discourse that evolves and changes over time, providing interpretations and meanings for relevant events. An archivist might catalog the metaphors, catchphrases, visual images, moral appeals, and other symbolic devices that characterize this discourse. The catalog would be organized, of course, since the elements are clustered; we encounter them not as individual items but as interpretive packages“ (1989, S. 1f.).

Sie gehen damit hinter die Analyse von Medienereignissen auf eine abstraktere Ebene zurück und fragen nach den Interpretationsrahmen, mit denen Ereignisse in einem Themenzusammenhang mit Bedeutung versehen und verstanden werden. Es gibt für jeden Issue konkurrierende „packages“, so daß im öffentlichen Diskurs ein symbolischer Kampf zwischen Interpretationen ausgetragen wird. Die Medien spielen dabei eine wichtige Rolle, sie liefern einen Set von „packages“, die einem Thema Bedeutung verleihen. Den Kern solcher „packages“ nennen die Autoren „frame“,⁴⁸ er stellt eine organisierende Idee dar, der Journalisten wie Publikum unausgesprochen folgen.⁴⁹ Dieser Rahmen läßt unterschiedliche Positionen und damit auch Konflikte bis zu einem gewissen Grad zu. Bei Kontroversen kann man unterscheiden zwischen solchen, die innerhalb eines „Rahmens“ bleiben, und solchen, die einen anderen Rahmen wählen („frame disagreement“). Diese Interpretationsrahmen müssen ständig neue Ereignisse assimilieren, d. h., die „packages“ müssen Bedeutung über die Zeit immer wieder konstituieren.

48 Das „Framing“-Konzept schließt an Überlegungen von Erving Goffman an und soll nach David Snow et al. „schemata of interpretation“ bezeichnen, die den einzelnen in die Lage versetzen, „to locate, perceive, identify, and label occurrences meaningful“. D. h., die „frames“ organisieren individuelle wie kollektive Erfahrungen und leiten Handlungen an (1986, S. 464). In ähnlichem Sinne verwendet Vowe den Begriff des „kognitiven Schemas“ (1994).

49 Gamson/Modigliani (1989, S. 4f.) unterscheiden zwischen „framing devices“, die einem nahelegen, wie man über eine Sache zu denken hat (Metaphern, historische Beispiele, Schlagworte, Schilderungen), und „reasoning devices“, die rechtfertigen, was getan werden sollte (Ursprünge, d. h. eine Kausalanalyse, Folgen, Bezug auf Prinzipien, also ein Set moralischer Forderungen). Vowe differenziert kognitive Schemata in Kausal-, Sozial und Temporalmuster (1994). Luhmann hat kürzlich vorgeschlagen, die öffentliche Meinung als ein „Geflecht von Schematismen“ anzusehen, die dazu benutzt werden, intransparente Sachverhalte kognitiv zu organisieren, um so Möglichkeiten des Handelns festzulegen („Konzeptkunst“, FAZ 19.7.1995).

Der von Gamson/Modigliani gewählte Ansatz ist für das Thema Antisemitismus insofern sehr günstig, als sich die Interpretationen antisemitischer Ereignisse heute nicht mehr in ein einfaches antagonistisches Konfliktschema „antisemitisch vs. philosemitisch“ bringen lassen, sondern *innerhalb* eines anti-antisemitischen Package konkurrieren. Unsere Langzeitperspektive ist geeignet zu zeigen, welche „frames“ in der bundesdeutschen Debatte wann und von wem benutzt worden sind. Dies muß empirisch untersucht werden.

Jedoch nicht nur die Wahl eines bestimmten „Rahmens“, sondern auch die weiteren Prozesse des „framing“, wie sie von Snow et al. (1986), Snow/Benford (1988) und neuerdings von Gerhards/Rucht (1992), Gerhards (1993) sowie Vowe (1994) beschrieben worden sind, müssen einbezogen werden. Der übergreifende Interpretationsrahmen, von den genannten Autoren als „master frame“ bezeichnet, verknüpft zumeist eine Reihe spezifischerer Überzeugungen. Es ist zu vermuten, daß der Antisemitismus ein Thema im „master frame“ Nationalsozialismus darstellt und somit eng verknüpft ist mit der Einstellung zu diesem Komplex und allen anderen Aspekten der „Vergangenheitsbewältigung“. Durch „frame bridging“ kann ein Issue mit ideologisch ähnlich gelagerten, aber strukturell nicht verknüpften Rahmen verbunden werden. So kann der Antisemitismus einen Bedeutungszuwachs erfahren, indem man ihn zu einem Prüfstein der Demokratie macht und so mit Freiheit und Gleichheit kombiniert. Durch „frame extension“ läßt sich ebenfalls die Bedeutsamkeit steigern, indem Antisemitismus mit anderen Themen wie Antirassismus, Antifeminismus, Antikapitalismus usw. verknüpft wird. Einem Thema kann auch größere Resonanz verschafft werden, wenn man die zugrundeliegenden Werte und Überzeugungen verstärkt und ins Bewußtsein hebt (frame amplification), etwa indem die besondere Verantwortung der Deutschen für die Juden hervorgehoben wird. Eine erfolgreiche Rahmung muß dreierlei leisten: sie muß eine diagnostische Funktion erfüllen (diagnostic framing), indem sie ein Problem als solches identifiziert und die Attribution von Schuld und Kausalität festlegt (zum folgenden Snow/Benford 1988, Gerhards/Rucht 1992). Beides, die Definition des Problems, aber besonders die Frage nach den Ursachen und den Verantwortlichen, bietet Ansatzpunkte für Konflikte. Ein Rahmen muß auch Lösungsmöglichkeiten für das definierte Problem anbieten (prognostic framing) und sollte drittens auch eine Motivation für Handeln mitliefern (motivational framing), die darauf zielt, das anstehende Problem zu lösen.

„Diagnostic framing involves identification of a problem and the attribution of blame and causality“ (Snow et al. 1986, S. 200). Um ein antisemitisches Ereignis in die Öffentlichkeit zu bringen, muß es zunächst als ein Problem definiert werden, das eine generelle Bedeutung, Dringlichkeit und Beziehung zu anderen Problemen besitzt. Mit der Definition als Problem ist eine Ist-Soll-Differenz bezeichnet, so daß die Problemdefinition in sich die Präferenz für eine Seite des Konflikts enthält. Es müssen darüber hinaus Verursacher in Form konkreter Personen oder Institutionen benannt werden, die über Zuschreibung von Absichten, partikularen Interessen oder durch Moralisierung angreifbar werden und verantwortlich gemacht werden können (Gerhards 1993, S. 134). Verursacher brauchen nicht in jedem Fall die antisemitischen Täter zu sein, es können auch andere Personen oder Institutionen so etikettiert werden, wenn sie etwa Antisemiten nicht verfolgt oder anderweitig begünstigt haben oder ihnen nahestehen.

Für den Wirkungsaspekt öffentlicher Konflikte ist wichtig, wie und ob über das „prognostic framing“ eine Lösung des diagnostizierten Problems geliefert wird. Wird also näher spezifiziert, was getan werden müßte, und werden solche Vorschläge etwa in institutionelle Lernprozesse umgesetzt? Das „motivational framing“ enthält einen Aufruf, in Richtung auf eine Besserung des Problems aktiv zu werden (Snow/Benford 1988, S. 199). Auch hier ist für das Zustandekommen kollektiver wie individueller Lernprozesse wichtig, inwieweit diese Handlungsaufrufe abstrakt und damit häufig folgenlos bleiben oder konkrete Teilnahmemotivationen anbieten.

Dieser Ansatz eignet sich für eine abstrakter ansetzende, den gesamten Untersuchungszeitraum zusammenfassende Analyse der „issue culture“, in die das Thema Antisemitismus in der Bundesrepublik eingebettet war und ist. Damit lassen sich die Einzelanalysen der Konflikte aufeinander beziehen und als Beispiele oder Fälle innerhalb eines größeren Interpretationszusammenhangs verstehen, der möglicherweise den Umriß eines qualitativen Lernprozesses erkennen läßt. Dieser Deutungswandel vollzieht sich auf zwei Ebenen: auf einer kollektiven Ebene, für die Gerhards den Begriff „Frame“ reservieren möchte (oder kollektive „belief systems“ oder Ideologien), und auf einer individuellen, in der kognitive Schemata (oder individuelle „belief systems“) verändert werden. Es ist anzunehmen, daß die Änderung kognitiver Schemata kollektiven, massenmedial vermittelten Änderungen von „Frames“, die von Lernprozessen in bestimmten gesellschaftlichen Gruppen ausgehen, nachfolgt.

3.2 Kommunikationsbereitschaft

Die Wirksamkeit des Mediums Publizität führt dazu, daß das Publikum bereit ist, die mediale Kommunikation als „herrschende öffentliche Meinung“ zu empfinden und als Prämisse für eigenes Verhalten zu übernehmen. Die von Noelle-Neumann entwickelte Theorie der „Schweigespirale“ nimmt an, daß der Befolgungsdruck publizistischer Kommunikation aufgrund der sozialen Isolationsfurcht um so größer ist, je mehr Rezipienten ein Thema rekrutiert bzw. je mehr Medienorgane eine bestimmte Meinung publizieren. Sie nimmt dabei folgenden für uns wichtigen zeitlichen Verlauf des Einstellungswandels an: 1. Der Medientenor zu einem Thema ändert sich, ihm folgt eine entsprechende Veränderung im Meinungsklima, der dann eine Einstellungsänderung von Personen folgt (1991, S. 273).⁵⁰ Daß ein öffentlicher „Meinungsdruck“ wahrgenommen wird, darüber dürfte Konsens bestehen (für den Fall des Antisemitismus ist er von uns empirisch überprüft worden), umstritten ist allerdings, ob diese Wahrnehmung einer „herrschenden öffentlichen Meinung“ ein ganz bestimmtes Verhalten (Schweigen, Wahl einer Partei, Einstellungsänderungen) auslöst oder ob verschiedene Optionen offenbleiben. Gerhards hat kürzlich eine Typologie öffentlicher Kommunikationsbereitschaft vorgestellt und dabei die Typen „Reder, Schweiger, Anpasser und Missionar“ empirisch bestätigt und damit der „Anpassungsthese“ von Noelle-Neumann widersprochen (1996, S. 1). Die Kernthese der „Theorie der Schweigespirale“ besagt nämlich, daß diejenigen, die glauben, die Mehrheitsmeinung zu vertreten, sich in der Öffentlichkeit kommunikationsbereiter zeigen als diejenigen, die sich mit ihrer Meinung in der Minderheit fühlen, eine These, der etwa Moscovici mit seinen Forschungen zu „loud minorities“ und „silent majorities“ widerspricht.⁵¹ Die Bilanz der empirischen Studien zur Schweigespirale fällt gemischt aus, sie findet sowohl Unterstützung wie auch Widerspruch (eine neuere Übersicht bei Scherer 1990,

50 Sie resümiert den Ablauf wie folgt: „I have never found a spiral of silence that goes against the tenor of the media“ (ebd. S. 276).

51 Moscovici bestreitet aufgrund seiner sozialpsychologischen Forschungen einen generellen „bias toward conformity“ (1991, S. 301). Historisch gesehen hat in Deutschland nach 1945 tatsächlich diese Ausgangslage bestanden: einer (zumeist) schweigenden antijüdischen Mehrheit stand eine kleine, massenmedial unterstützte Minderheit gegenüber, die den Antisemitismus aktiv bekämpfte. Aktive Minoritäten können meinungsbildend wirken, wenn die Majorität schweigt bzw. bereit ist, ihre Einstellung zu revidieren.

Kap. 2).⁵² Vermutlich müssen zusätzliche Bedingungen für ihre Wirksamkeit erfüllt sein. Es kommt bei der Kommunikationsbereitschaft nicht allein auf die Frage der Wahrnehmung von Mehrheits-/Minderheits-Position an, sondern zusätzlich auf den Grad der normativen Strukturierung und sozialen Verbindlichkeit der Situation, in der man sich öffentlich äußert, die Existenz eines abweichenden „lokalen“, in interpersonaler Kommunikation erzeugten Meinungsklimas, das den Druck des öffentlichen Meinungsklimas mildert,⁵³ und die etwa über Recht oder Moral eingeschränkten Beiträge zum Thema der Kommunikation. Im Fall des Antisemitismus, der in der Bundesrepublik hochmoralisiert ist, wird in Umfragen von einem großen Teil der Bevölkerung geäußert, daß man das „Thema Juden“ als unangenehm meidet bzw. nicht jedem seine wahre Meinung kundtut.⁵⁴ Über die Äußerungsbereitschaft im „lokalen Meinungsklima“ der „Stammtische“, die das öffentliche, massenmedial dominierte Meinungsklima konterkarieren könnten, ist empirisch nichts bekannt (Belege für die frühen 50er Jahre finden sich in den Fällen Harlan und Hedler). Bei der Wirkung eines Meinungsklimas muß auch der prozessuale Aspekt berücksichtigt werden: wird zu einem Thema nur einer bestimmten Meinung über längere Zeit, intensiv und konsonant in

52 Zuletzt haben Fuchs, Gerhards und Neidhardt (1992) die Kernhypothese der Kommunikationsbereitschaft empirisch nicht bestätigt gefunden.

53 Zu diesen „opinion climate effects“ zwischen einem „societal opinion climate“ und einem „local opinion climate“ Lenart 1994, S. 109ff.

54 Bergmann/Erb 1991, Kap. Kommunikationslatenz. Die in den letzten Jahren mit dem Zusammenbruch der manipulierten Öffentlichkeiten in den sozialistischen Staaten offenbar gewordene geringe Tiefenwirkung der Indoktrination führt natürlich auf die Frage, ob sich auch im Fall des Antisemitismus die schweigende Mehrheit nur oberflächlich angepaßt hat und bei Fortfall der Moralisation sogleich der alte Antisemitismus wieder zum Vorschein käme. Csikszentmihalyi schlägt deshalb vor, zwei Arten öffentlicher Meinung zu unterscheiden: „The extrinsic process of public opinion formation exists when conscious agents of communication try to impose a certain set of beliefs or attitudes on the population at large ... Despite their public nature, however, these processes of opinion formation are consciously manipulative. Intrinsic opinion emerges out of more spontaneous, organic reactions, either to open debates or to concrete experiences“ (1991, S. 293). Der Autor geht von einer Fragilität des extrinsischen Konsenses aus, der bei fehlendem öffentlichen Druck dem intrinsischen Platz machen wird. Entscheidend für unser Thema dürfte sein, wieweit die Massenmedien (aber auch Institutionen wie Schule, Kirchen, Politik) generell von der Bevölkerung als glaubwürdig angesehen werden, ob also die Berichterstattung über Antisemitismus und Juden als manipuliert oder objektiv angesehen wird.

den Medien Publizität zuteil, dann ist eine zunehmende Pressionswirkung zu erwarten, vor allem bei „pluralistic ignorance“ in bezug auf die Verbreitung von Einstellungen in der Bevölkerung.⁵⁵ Auch Scherer vermutet, daß Einstellungen recht stabil sind und Änderungen nur langsam über einen längeren Zeitraum hinweg eintreten (1990, S. 257).

Die sozialpsychologische Forschung hat eine Reihe von Mechanismen identifiziert, mit deren Hilfe der einzelne seine Einstellung gegenüber dissonanten Medieninformationen durchhalten kann. Er kann einzelne Medien als feindselig oder gesteuert abwerten („hostile media effect“), er kann – wie wir im Fall der extremen Antisemiten zeigen konnten – projektiv seine Meinung als Mehrheitsmeinung wahrnehmen, die in der Öffentlichkeit von einer Minderheit von Journalisten und Politikern unterdrückt würde (Bergmann/Erb 1991b, S. 84ff.).⁵⁶ Obwohl sich diese Befragten als Vertreter der Mehrheitsmeinung sehen, reagieren sie nach eigener Aussage mit einer geringeren Kommunikationsbereitschaft, indem sie „nicht jedem sagen, was sie über Juden denken“, bzw. das Thema meiden oder sich nur vorsichtig äußern.⁵⁷ Die Publizität des Anti-Antisemitismus führt zu einer Abnahme der Kommunikationsbereitschaft von Antisemiten, die die massenmediale Thematisierung als Prämisse für ihr Verhalten nehmen, auch wenn sie Antisemitismus als Mehrheitsmeinung unterstellen. Die Konflikte, die im folgenden Gegenstand der Analyse sein werden, führen den Antisemiten immer wieder vor Augen, daß ihre Anschauungen moralisch diskreditiert sind und daß ihre öffentliche Äußerung Widerspruch auslösen wird. Dies hat in einer Langzeitperspektive natürlich Auswirkungen auf die Tradierungschancen antijüdischer Überzeugungen, da sie in den Nachkriegsgenerationen nicht mehr über ständige Alltagskommunikation gelernt werden können. Insofern führen Wirkungen auf die Kommunikationsbereitschaft in einer zweiten Stufe auch zu veränderten Einstellungen in folgenden Generationen.

55 Man kann den jedesmal wieder zu beobachtenden Schock über das Ausmaß des Antisemitismus in Deutschland, sobald eine neue Meinungsumfrage publik wird, so deuten, daß man aufgrund seiner Kommunikationslatenz und der gegenteiligen Mediendarstellung vermutet, diese Einstellungen müßten weitgehend verschwunden sein.

56 Nur 10% der extremen Antisemiten glauben, daß in der Bundesrepublik „nur ganz wenige gegen Juden eingestellt seien“, und eine Mehrheit sieht das eigene Meinungslager zukünftig anwachsen. Entsprechend sind sie gezwungen, die Glaubwürdigkeit der Medien anzuzweifeln.

57 Typischerweise sind ja Leserbriefe oder beleidigende Briefe an Juden häufig anonym..

3.3 Medienwirkungen im engeren Sinne

Die Wirkung der Medien auf die Einstellung der Rezipienten ist ja seit langem Gegenstand der Medienforschung (zur Übersicht Donsbach 1989; zuletzt die breite empirische Studie von Früh 1994). Insgesamt ist der Effekt auf die Einstellungen skeptisch beurteilt worden (klassisch: Klapper 1960). Kleinnijenhuis bezweifelt ebenfalls, daß die Rezeption einer Zeitung zu einer Änderung einer festgefügtten politischen Einstellung beim Rezipienten führt, doch sieht er bei hoher Medienkonsonanz Einflüsse auf dessen Weltbild, die groß genug sind, „to change the climate of opinion in a country quite dramatically in the long run“ (1987, S. 334). In jüngster Zeit scheint die Skepsis, zumindest was den Meinungswandel auf der Aggregatebene der Bevölkerung betrifft, einer Sicht zu weichen, die durchaus klare Einflüsse von Medieninhalten z. B. auf politische Präferenzen nachweisen zu können glaubt (Page et al. 1987, Jordan 1993), wenn man die Studien in einem realen Kontext durchführt und längerfristig anlegt. Diesen Aspekt der Langfristigkeit betont auch Werner Früh, der Meinungsbildung als kurzfristiges Kommunikationsziel für nicht realisierbar hält, doch mit Recht darauf hinweist, daß Umfang und Differenziertheit des Vorwissens und eigener Wertstrukturen langfristig teilweise auch über die Medien aufgebaut wurden, so daß diese letztlich in einem andauernden Sozialisationsprozeß ihre eigenen Wirkungsvoraussetzungen schaffen bzw. optimieren können (1994, S. 259).⁵⁸ Eine Sozialisationswirkung im Sinne einer Annäherung von Medienmeinung und eigener Position ist vor allem bei kleinen und mittleren kognitiven Dissonanzen zu erwarten, während extreme Meinungsdissonanzen zwar hohe Aufmerksamkeit und Emotionen evozieren, aber eher zu einer Vergrößerung der Dissonanz führen. Das hieße, daß ausgesprochene Antisemiten ihre Position durch anti-antisemitische Medienbeiträge nicht ändern, sondern eher verstärken, daß aber Personen mit weniger ausgeprägten Vorurteilen entweder die im Medienbeitrag wahrgenommene Meinung

58 Zu den Medienwirkungen gehört in einem weiten Sinne auch der Anstoß zu einer Erweiterung und Ausdifferenzierung der Vorstellungswelt des Publikums. Der Wirkungsbegriff sollte nicht eng als möglichst genaue Übertragung der Medieninhalte und Wertungen auf die Rezipienten konzipiert werden, sondern auch die Eigenaktivitäten der Rezipienten als Reaktion auf Medienbeiträge einbeziehen (Früh 1994, S. 395). Hinzu kommt, daß sich Themenvorstellungen um einen invarianten Kern kumulativ aufbauen, indem die gesamte Informationsumwelt Einfluß gewinnt (S. 401).

ihrer eigenen anpassen oder ihre eigene Meinung in Richtung der Medienmeinung ändern.⁵⁹ Die Studien von Page et al. und Jordan belegen zudem, daß zum einen „different actors do indeed have different impacts on public opinion“⁶⁰ und daß zum anderen auch „different news sources had differential impacts on the policy preferences of the public“ (Jordan 1993, S. 192ff.). Neuere Studien zu Wirkungen der Medienberichterstattung auf die Eskalation von fremdenfeindlicher Gewalt heben die strukturellen Eigenschaften des Mediensystems selbst hervor, durch die „das ganze System reflexartig auf bestimmte Ereignisse reagiert und sie in einen Interpretationsrahmen einordnet“ (Brosius/Eps 1993; Brosius/Esser 1995, S. 207). Diese *Konsonanz* der Darstellung, d. h. ihre Massivität, und nicht die Art und Weise der Berichterstattung bedingt die besondere Intensität der Wirkung.⁶¹

Genau diese Aspekte der Langfristigkeit, der sich an der Diskussion beteiligenden Personen und Gruppen, des Maßes an Medienkonsonanz, die sozialisatorische Effekte und institutionelle Lernprozesse mit einzubeziehen erlauben, stehen im Mittelpunkt der folgenden Analyse.

3.4 Medienwirkungen auf kollektive Akteure

Die Medienwirkungsforschung hat sich fast ausschließlich darauf konzentriert, Medienwirkungen bei individuellen Rezipienten nachzuweisen. Auch wenn inzwischen mit Hilfe der Netzwerkanalyse die Einbettung des einzel-

59 Früh sieht für die Neigung, die im Medienbeitrag wahrgenommene abweichende Meinung der eigenen anzupassen, etwas größere empirische Evidenz als für die Bereitschaft, die eigene Meinung zu ändern. Doch bewegten sich beide deutlich aufeinander zu (S. 274).

60 Die genannten Studien fanden übereinstimmend heraus, daß es vor allem die als neutral bewerteten Experten und die Medienkommentatoren, die offenbar als eine Art Sprachrohr des bestehenden oder sich eben herausbildenden öffentlichen oder Eliten-Konsenses angesehen werden, sind, die den größten Einfluß auf die Bevölkerungsmeinung haben. Hingegen haben alle, denen man spezifische politische Eigeninteressen zuschreibt – Politiker, Parteien, Interessengruppen – , keinen oder in manchen Fällen sogar einen negativen Einfluß, so die Vertreter von ethnischen Gruppen wie Schwarze, Juden, oder aber Frauen, was für unseren Zusammenhang wichtig ist (Page et al. 1987, S. 32).

61 Brosius/Ehmig haben experimentell nachgewiesen, daß Zahl und Dichte von wertenden Aussagen eine Rolle bei der Meinungsänderung spielen, daß Änderungen aber sehr stark themenabhängig sind (1988, S. 68ff.).

nen in soziale Netzwerke miteinfaßt wird (Schenk 1993, 1995; Lenart 1994), so bleiben doch die politisch besonders bedeutsamen Wirkungen auf Wissen, Einstellung und Handlungsweise von kollektiven Akteuren weitgehend ausgeblendet.⁶² Stellt man die funktionale Autonomie der Teilsysteme in Rechnung, dann kann es keine direkte Wirkungsmöglichkeit der Massenmedien geben, deren publizierte Kommunikationen können aber Anschlußkommunikationen in den Teilsystemen auslösen, die dann allerdings der Funktionslogik der Systeme entsprechen, indem sie etwa die Form politischen Entscheidens, wissenschaftlicher Forschung usw. annehmen (Marcinkowski 1993, S. 114).⁶³ Uns geht es genau um diese Resonanzen, die das Öffentlichkeitssystem auslöst, ohne daß die teilsystemischen Bearbeitungen immer den Intentionen der öffentlichen Debatte entsprechen müssen.⁶⁴

Organisationslernen ist ein bisher wenig strukturiertes Forschungsfeld (Wiesenthal 1995, S. 138; einen Forschungsüberblick bieten Levitt/March

62 Die nach den ausländerfeindlichen Gewaltwellen intensivierete Diskussion über eine Mitverantwortung der Medien an der Eskalation und am Zulauf für die rechte Szene blendet typischerweise alle anderen Medienwirkungen aus: z. B. die Bereitschaft der Bevölkerung zu kollektivem Protest gegen die Ausschreitungen, die verschärfte politische Verbotspraxis, die abschreckenden Wirkungen der Berichte über die Prozesse gegen rechtsextreme Täter usw. Zur Notwendigkeit einer akteurtheoretischen Ergänzung der Systemtheorie vgl. Schimank 1988; zur Anwendung auf eine Soziologie der Öffentlichkeit Gerhards 1993, S. 35.

63 Dieser Gesichtspunkt ist insofern wichtig, weil große massenmediale Resonanz, etwa die Forderung, rechtsextreme Parteien zu verbieten, fast regelmäßig zu Enttäuschungen führt, wenn diese in politische oder rechtliche Entscheidungen übersetzt werden soll.

64 Eine empirische Untersuchung von Cook et al. (1983) zur Medienwirkung auf die politische Elite und Interessengruppen kam zu dem Ergebnis, daß die Medienberichterstattung über einen Issue bei politischen Entscheidungsträgern dazu führte, daß dessen Bedeutung höher eingeschätzt wurde und daß die Bereitschaft zu politischem Handeln zunahm, dennoch blieb das Thema für die Politiker weit weniger bedeutsam als für die Öffentlichkeit. Die Medienagenda bricht sich also an der internen politischen Agenda, deren Rangfolge durch die Medien nicht so leicht verändert wird wie die des Publikums. Dennoch bleibt die Beobachtung der öffentlichen Agenda, die für die Politiker häufig durch die Medienagenda repräsentiert wird, nicht ohne Rückwirkungen auf politische Entscheidungen. Dies wird bei entsprechenden Themen auch für die Agenda anderer Teilsysteme zutreffen. Kleinijnshuis/Rietberg weisen in einer empirischen Untersuchung das „mediocracy model“, wonach die Medien die politische und die öffentliche Agenda bestimmen, zugunsten der Modelle, die eine Top-down-Wirkung der politischen Agenda und eine Bottom-up-Wirkung der öffentlichen Agenda annehmen, zurück (1995).

1988). Zunächst ist es wichtig, zwischen dem Lernen der Organisationsmitglieder und dem der Organisation selbst zu unterscheiden (ebd. S. 139; Tegethoff/ Wilkesmann 1995, S. 35) sowie zwischen unterschiedlichen Lernmodi. Beim einfachen Lernen geht es primär um Bemühungen um höhere Effektivität und Fehlerkorrektur (individuelle Regelkonformität bzw. Angemessenheit/ Modifikationen der Regeln und Routinen auf der Organisationsebene – hier wird der Lern- zum Rationalisierungsprozeß), beim komplexen Lernen um einen Wandel im individuellen Kontextwissen bzw. im kognitiven Orientierungswissen der Organisation. Beide Lernformen werden wir in unseren Fallanalysen der institutionellen Reaktionen finden. Für das Organisationslernen ist die Umwelt wichtigste Bezugsgröße, wobei diese ebenfalls hochgradig organisiert ist. Organisationen lernen in unserem Fall einmal durch die direkte Beobachtung der öffentlichen Konflikte in den Massenmedien, zusätzlich über Lernanforderungen, die sich aus Lernprozessen in anderen Umweltsegmenten ergeben (Wiesenthal 1995, S. 138). Die Lernwirkung aus der Umweltbeobachtung wird auch davon abhängen, ob es bereits endogene „Reformbestrebungen“ in der entsprechenden Richtung gibt oder nicht.⁶⁵ Diese Lernresultate können unterschiedliche Formen annehmen: Erfahrungsgewinne, Personalaustausch oder unter der Voraussetzung starker Lernanreize auch einen Paradigmenwechsel im Kernwissen bzw. kognitiven Rahmen (ebd.).⁶⁶

Wie im folgenden zu zeigen sein wird, spielen kollektive Akteure als Vermittlungsinstanzen für die Wirkung der öffentlichen Meinung auf die Individuen eine wichtige intermediäre Rolle. Dabei ist zweierlei zu untersuchen.

1) Viele der Institutionen und Organisationen waren sowohl in ihren Programmen wie auch durch ihre Mitglieder historisch durchaus antisemitisch geprägt. Sie mußten nach 1945 zunächst selbst, zum Teil unter dem

65 Wir werden in unseren Analysen immer darauf stoßen, daß die antisemitischen Konflikte den letzten Anstoß zur Umsetzung bereits „angedachter“ Veränderungen geben und entsprechend „prompte“ Wirkungen zeitigen (vgl. Lex Nieland, Kap. II, 2.3).

66 Wiesenthal weist darauf hin, daß tiefgreifende Wandlungen des Orientierungssystems u. U. Prozesse des Entlernens (unlearning) bedürfen. Über „framebreaking actions“ oder „deframing processes“ werden die ausgedienten Orientierungen zunächst außer Kraft gesetzt, bevor neue implementiert werden können (1995, S. 151). Vgl. entsprechende Maßnahmen zur „Umerziehung“ der Deutschen, z. B. in der Konfrontation mit den Leichen in den KZs, die den Bemühungen um eine demokratische Reeducation vorausgingen.

Druck der öffentlichen Meinung, einen „Orientierungswandel“ durchmachen, um ihren eigenen Antisemitismus zu beseitigen. Insofern muß neben der Wirkung der öffentlichen Meinung auf die Individuen die auf die Programme und die nach außen kommunizierte Meinung der Organisationen untersucht werden. Mit Namenwirth et al. (1981) gehe ich davon aus, daß Organisationen Meinungen haben, die von der Mehrheitsmeinung ihrer Mitglieder abweichen können, und daß diese unter größerem Kompatibilitätswang mit der herrschenden Meinung stehen, als dies bei Einstellungen von Individuen der Fall ist, da kollektive Akteure ihre Meinung nicht wie Individuen verbergen können und z. T. auch der politischen Kontrolle unterliegen (Schule, Gerichte).

2) Diese Meinungen von Institutionen und Organisationen können im öffentlichen Meinungsbildungsprozeß von größerer Bedeutung sein als die Individualmeinungen und einen großen Einfluß auf letztere ausüben, vor allem auf diejenigen im eigenen Einflußbereich. Namenwirth et al. begründen den größeren Einfluß der Organisationsmeinungen in dreierlei Weise: a) Organisationen haben mehr Ressourcen und Informationen als Individuen und sind einflußreiche Referenzgruppen. b) Die Meinungen von Organisationen wirken auf die anderer Organisationen einschließlich der besonders bedeutsamen von Regierung und Medien. c) Organisationen sind eher in der Lage als Individuen, ihre Einstellungen in wirksames kollektives Handeln zu überführen.⁶⁷ Über ihre Teilnahme am öffentlichen Meinungsbildungsprozeß hinaus üben die Institutionen natürlich über ihre Programme direkten Einfluß auf die Mitglieder aus, indem Schüler bestimmten Lehrplänen folgend sozialisiert werden, Kirchenmitglieder mit den Auffassungen der Kirche konfrontiert werden, Parteimitglieder sich der Parteiräson fügen (zumindest in ihren öffentlichen Verlautbarungen) usw.

67 Namenwirth et al. 1981, S. 473. Die Prävalenz der Organisationsmeinung über die davon abweichenden Einstellungen ihrer Mitglieder hat in unserem Fall dafür gesorgt, daß ehemalige Nationalsozialisten ihre antisemitischen Anschauungen in den Schulen, Gerichten, Behörden und Kirchen nicht offen ausdrücken konnten und daß diese Institutionen als Institutionen Antisemitismus bekämpft haben, obwohl das Personal ihm z.T. durchaus noch anhing. Allerdings konnte es durch Passivität retardierende Wirkungen in den Organisationen auslösen. Vgl. für die Lehrer in den 50er Jahren Zilien 1994, Kap. V.